



Programm der AfD zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022

Beschlossen am 19. Februar 2022 auf dem Programmparteitag in Henstedt-Ulzburg

Liebe Mitbürger in Schleswig-Holstein,

wir als Mitglieder der Alternative für Deutschland werben mit diesem Programm zur Landtagswahl am 8. Mai 2022 um Ihre Unterstützung! Die politischen Entscheidungen der letzten zwei Jahre, die im Bund, aber auch in den Ländern getroffen wurden, haben Deutschland, aber auch Schleswig-Holstein in besonderem Maße ärmer, unsicherer, unsozialer, undemokratischer und vor allem unfreier gemacht. Und das nach wechselvollen Jahrzehnten der deutschen Geschichte, nach den Erfahrungen zweier Diktaturen und nach der patriotischen Aufbruchstimmung 1989/90.

Die Freiheit steht auf dem Spiel, die Menschenrechte und unsere Verfassung, unverzichtbare Grundlage für das demokratische Miteinander in Schleswig-Holstein. Der Rechtsstaat muss wirksam durchgesetzt werden, um dem erkennbaren Vertrauensverlust vieler Bürger zu begegnen. Wir treten als AfD in Schleswig-Holstein an, um immer engere Meinungskorridore durch offene Diskussionen zu überwinden und konkrete Lösungen anzubieten und umzusetzen.

Wir, die Alternative für Deutschland, stehen für die Freiheit ein. Die Freiheit ist der Grundwert, ohne den kein gesellschaftlicher Fortschritt erreicht werden kann. Diese unsere Freiheit ist durch weit überzogene Regierungsmaßnahmen akut bedroht, durch hektisches und konzeptionsloses Politikmanagement zur Eindämmung einer Krise, die vorwiegend hausgemacht ist und Deutschland, wie auch Schleswig-Holstein, zu ruinieren droht. Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung bleiben dabei auf der Strecke. Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote, die massive Einschränkung sozialer Kontakte und die landesweiten Schließungen ganzer Bereiche und Branchen haben unserer Wirtschaft schwer geschadet und unsere Gesellschaft tief gespalten. Die teilweise brachiale Durchsetzung der Verbote und die weitgehend unkritische Begleitung durch die etablierten Medien haben zu einer Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens, der Angst und Resignation geführt.

Wir, die Alternative für Deutschland, wollen den Menschen ihre Freiheit zurückgeben, sofort und uneingeschränkt. Die Freiheit ist kein Privileg, sondern ein nicht verhandelbares Grundrecht.

Wir, die Alternative für Deutschland, treten zu dieser Landtagswahl an, um den Menschen nach vielen Monaten der Angst- und Panikmache durch Regierungen, Experten und allzu angepasste Journalisten neue Zuversicht zu geben. Wir treten an, um den Menschen ihre im Grundgesetz verbrieften und garantierten Rechte endlich wieder zurückzugeben.

Wir, die Alternative für Deutschland, treten an, um den Menschen in Schleswig-Holstein wieder eine laut vernehmbare Stimme zu geben, indem sie in direkter Mitbestimmung über die Geschicke ihres Landes entscheiden können; denn sie sind der wahre Souverän, dessen Volksvertretung, das Landesparlament, wieder zum zentralen Ort politischer Willensbildung und politischer Beschlüsse werden soll, die sich an der Wirklichkeit orientieren und nicht an Ideologien.

Die Alternative für Deutschland tritt im schönsten Bundesland der Welt, in der ökonomisch und kulturell so bedeutsamen Landbrücke zwischen Mittel-, Nord- und Osteuropa an, um der gebeutelten mittelständischen Wirtschaft wieder die Perspektiven zu geben, die wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand für alle ermöglichen, dabei stets auf echte Nachhaltigkeit achtend.

Wir stehen für den besonderen Schutz der Familie vor staatlichem Zugriff. Wir stehen für ein Bildungssystem, das die Freiheit der Wissenschaft respektiert, ein Bildungssystem, das nicht nur die akademischen Berufe, sondern auch besonders das Handwerk stärkt, wir stehen für eine Politik, die der Familie dient und die die richtigen Antworten auf den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel bietet.

Wir stehen für ein sicheres Schleswig-Holstein, in dem der Schutz der Menschen wichtiger ist als Ideologien und verlogene Utopien. Freie Bürger sollen in einem selbstbestimmten Leben über ihren individuellen Weg entscheiden können und nicht durch einen gängelnden Staat mit überbordender Bürokratie zum Befehlsempfänger degradiert werden.

Wir stehen für den Schutz des Eigentums, für ein Ende der unsinnigen Energiewende, die unsozial, da kaum mehr bezahlbar, ist und unsere wirtschaftliche Basis zu zerstören droht. Wir wenden uns gegen die Verkehrswende, die an der Lebenswirklichkeit der Bürger vorbeifährt.

Wir stehen an der Seite unserer Landwirte, die als freie Unternehmer für unsere guten Lebensmittel sorgen. Sie sind es, die ihren Boden, ihre Tiere, ihre Früchte am besten kennen und sorgsam damit umgehen. Ihr Unternehmertum wollen wir wertschätzen und bewahren. Ihr Beitrag zu unserer gewachsenen Kulturlandschaft ist unverzichtbar.

Die Menschen in unserer Heimat Schleswig-Holstein, dem meerumschlungenen Land der Horizonte, verdienen es, in einem freien Land zu leben. Sie verdienen es, sicher zu leben.

Für die Freiheit - für Schleswig-Holstein!

Die einzelnen Kapitel des Programms behandeln folgende Themen:

Demokratie und Rechtsstaat.....	4
Freiheit und Verantwortung.....	5
Gesundheitspolitik und Sport.....	6
Arbeits- und Sozialpolitik.....	10
Familienpolitik.....	12
Bildung, Wissenschaft und Forschung.....	15
Bauen, Wohnen und Mieten.....	20
Klima, Energie, Technik und Digitalisierung.....	22
Mobilität und Infrastruktur.....	28
Innere Sicherheit.....	30
Migration, Asyl und Integration.....	34
Wirtschaft.....	38
Steuern und Finanzen.....	40
Kultur.....	41
Medien.....	43
Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz.....	44
EU und Europa.....	48

Demokratie und Rechtsstaat

Präambel

Die Regierungspolitiker in Bund und Ländern haben mit ihrer Flüchtlings-, Europa- und Corona-Politik die Prinzipien der deutschen Staatlichkeit, des Rechts und der Verfassung vielfach und schwerwiegend verletzt. Zugleich haben sich die Volksvertreter der etablierten Parteien den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvorbehalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat ohne Widerstand nehmen lassen. Die Souveränität wird zunehmend ausgehöhlt und an die EU abgetreten.

Dadurch setzt unsere politische Nomenklatura die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes aufs Spiel. Die AfD sieht es als ihre Aufgabe an, eine Umkehr in dieser erschreckenden Entwicklung zu fordern.

Gewaltenteilung ist Garant für die Demokratie

Wesentliche Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Ordnung neben dem Rechtsstaatsprinzip und der Volkssouveränität ist die Gewaltenteilung. Die Staatsgewalt wird auf mehrere, unterschiedliche und voneinander unabhängige Institutionen aufgeteilt, um durch eine gegenseitige Kontrolle der Gewalten sowohl die Konzentration als auch den Missbrauch von Macht zu verhindern.

Wir wollen an diesem Prinzip festhalten und lehnen jedwede Form der politischen Einflussnahme auf die Gewalten ab, die über das in den Gewaltenschränkungen erforderliche Maß hinausgehen. Wir wollen eine Entpolitisierung der Judikative und lehnen politisches Einwirken auf die Besetzung von Richterstellen und bei Gerichtsentscheiden ab. Wir fordern eine Selbstverwaltung der Justiz, wie diese bereits in verschiedenen europäischen Ländern besteht. Exekutivbehörden dienen einzig dem Schutz der Bürger und dem Erhalt des rechtsstaatlichen Prinzips. Eine politisierte Führung der Exekutive lehnen wir ab, Behörden haben sich an Recht und Gesetz zu orientieren, und nicht an politischen Trends oder Ideologien.

Politischer Islam

Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz. Beim Politischen Islam – einer Teilmenge des Islam – handelt es sich aber um die totalitäre Ideologie einer religiös begründeten Gesellschafts- und Staatsordnung, welcher die Einheit von Religion und Staat propagiert.

Eine Kritik am Politischen Islam richtet sich daher nicht gegen die islamische Gemeinschaft als solche, sondern lediglich gegen die politisch aktive Teilmenge, und ist wie jede Kritik an totalitären Ideologien durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung legitimiert.

In unserem säkularen Staat steht staatliches Recht über religiösen Geboten. Der Politische Islam verkörpert die genaue Antithese zu den westlichen Demokratien und erkennt unsere Rechtsordnung nicht an. Sein besonderes Merkmal ist der Anspruch, Islamisches Recht der Scharia über jegliches einheimische Recht zu stellen. Die AfD widersetzt sich diesem Vorhaben, da es mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar ist und den inneren Frieden gefährdet.

Föderalismus erhalten

Wir halten am Prinzip der vertikalen Gewaltenteilung - dem föderalen Aufbau Deutschlands - als weitere Säule unserer Demokratie fest. Wir wollen legislative Verlagerungen von Landes-

kompetenzen an den Bund unterbinden, wo diese nicht erforderlich ist und falsche Legislativentscheidungen rückgängig machen.

Macht der Parteien beschränken

Die AfD will die staatliche Parteienfinanzierung deutlich begrenzen und die staatliche Finanzierung von parteinahen Stiftungen ganz abschaffen. Alle so vergebenen Mittel sollen der unbeschränkten Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen.

Freie Listenwahl und freies Mandat

Die AfD will dem Wähler die Entscheidung über die Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben. Deshalb treten wir für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.

Mandats- und Amtszeiten begrenzen

Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten zu verwirklichen, fordern wir eine Begrenzung der Mandatszeit für Abgeordnete auf vier und der Amtszeit für den Ministerpräsidenten auf zwei volle Legislaturperioden.

Lobbyismus verhindern

Wir wollen die Regelungen hinsichtlich der Nebentätigkeiten von Parlamentariern deutlich verschärfen, um Bestechungen und Vorteilsnahmen zu verhindern. Die Abgeordneten der AfD haben sich bereits entsprechende Regeln gegeben.

Wir wollen den Einfluss von Lobbygruppen auf die Politik verringern und setzen uns dafür ein, dass Vertreter und führende Funktionäre von Lobbygruppen frühestens 12 Monate nach Beendigung ihrer Lobbyarbeit in hohe politische Ämter berufen werden können.

Freiheit und Verantwortung

Präambel

Wir gehen von der Befähigung und Bereitschaft jedes einzelnen Bürgers aus, in Freiheit und Verantwortung sein Leben selbst zu gestalten und seine Angelegenheiten und die seiner Familie zu besorgen.

Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung

Die Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz und der bürgerlichen Vertragsfreiheit gehören zu den großen zivilisatorischen Errungenschaften Europas. Erst die christliche und humanistische Kultur der europäischen Völker brachte die vorgenannten Prinzipien hervor und verwirklichte sie in einem Prozess, der Jahrhunderte währte. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden.

Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung

Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss eines Quotenvorzuges kommen.

Schutz der persönlichen Freiheit vor digitalen Übergriffen

Unsere persönlichen Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten dürfen nicht durch monopolistische, datengetriebene Konzerne, Behörden und Geheimdienste gefährdet oder begrenzt werden.

Gesundheitspolitik

Präambel

Die Gesundheitspolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, das bestehende, in der Regel funktionierende Gesundheitssystem zu erhalten, auszubauen und in die Lage zu versetzen, neuen Herausforderungen und zukünftigen Entwicklungen angemessen entsprechen zu können. Auch wenn viele grundsätzliche Entscheidungen in der Gesundheitspolitik zentral im Bund fallen, hat ein Bundesland wie Schleswig-Holstein viele Möglichkeiten zu entscheiden, wie das Gesundheitswesen im Lande ausgestaltet sein soll.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein darf die gesundheitliche und medizinische Versorgung nicht auf die großen Städte konzentriert sein, auch wenn das breite Leistungsspektrum der großen und der Universitätskliniken benötigt wird. Die ländlichen Gebiete mit ihrer alternden Bevölkerung und ihren ebenso älter werdenden Ärzten bedürfen besonderer Aufmerksamkeit, damit auch dort die gesundheitliche und medizinische Versorgung auf Dauer sichergestellt wird. Die AfD setzt sich dafür ein, dass diese Orientierung auf die Bedürfnisse unseres Flächenlandes erhalten bleibt.

Ärzten den Weg aufs Land wieder attraktiv machen

Um einem befürchteten Ärztemangel entgegenzuwirken, möchte die AfD erreichen, dass das Land Schleswig-Holsteins frühzeitig und vorausschauend Stipendien für Landeskinder und andere vergibt, die im Gegenzug dazu verpflichtet werden, nach der medizinischen Ausbildung für eine gewisse Zeit in den ländlichen Gebieten von Schleswig-Holstein zu praktizieren. Für benötigte Spezialisten wie Hautärzte und Augenärzte kann man durchaus eigene Förderprogramme auflegen. Eine gleiche Förderung gilt den Studenten, die sich für das Pharmaziestudium entscheiden. Denn die ländliche Apotheke ist oftmals die erste Anlaufstelle für die medizinische Versorgung. Das Land könnte für Gründung und Übernahme bestehender Praxen und Apotheken günstige Kredite anbieten.

Pflegepersonal rekrutieren

Die Corona-Krise hat allen anschaulich vor Augen geführt, welche Folgen ein Mangel an ausgebildetem Personal hat. Innerhalb von weniger als zwei Jahren waren 4000 der 26000 Intensivbetten vornehmlich wegen Personalmangels abgebaut worden. Diese Fehlentwicklung war voraus zu sehen. Die AfD fordert daher, dass durch eine Reform der schwierigen Arbeitsbedingungen und durch Anhebung der Vergütungen die Pflegeberufe, Heilberufe, der Hebammen und verwandter Berufe wieder attraktiv gemacht werden.

Den Beruf des Heilpraktikers erhalten

Die klassische Schulmedizin stellt das Fundament einer individuellen Gesundheitsversorgung dar, anerkannte alternative Behandlungsformen stehen dem nicht entgegen. Der Heilpraktiker beginnt seine Arbeit dort, wo schulmedizinische Maßnahmen keinen Erfolg zeigen oder Patienten als austherapiert gelten. Heilpraktiker durchlaufen eine intensive Ausbildung, ihre Arbeit ist vielfach von Erfolg gekrönt und genießt Ansehen und Zulauf. Die AfD will den Beruf des Heilpraktikers als wichtige Ergänzung in der Gesundheitsversorgung erhalten.

Klinikstandorte für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung erhalten

Klinikschließungen und Zusammenschlüsse zu Großklinikstandorten folgen zumeist wirtschaftlichen Aspekten und lassen das Prinzip der Gesundheitsversorgung mit möglichst kurzen Wegen nicht selten unberücksichtigt. Die AfD steht für eine gute Gesundheitsversorgung mit einem vollständigen Leistungsumfang auch in der Fläche. Gerade in Zeiten höherer Belastungen des Gesundheitssystems zeigt sich, wie wichtig eine solide wirtschaftliche Grundlage für unsere Klinikstandorte und die Gewährleistung unserer Gesundheitsversorgung ist.

Das bewährte Prinzip der dualen Krankenhausfinanzierung verpflichtet die Länder, den Krankenhäusern auskömmliche Investitionen aus dem laufenden Haushalt zur Verfügung zu stellen. Dieser gesetzlichen Verpflichtung sind die Landesregierungen der letzten Jahre nicht nachgekommen, tatsächlich wurden den Krankenhäusern nur etwa 50% der jährlich benötigten Mittel gewährt. Deshalb werden wir den aufgebauten Investitions-Stau auflösen, zusätzliche Landesmittel für die Krankenhäuser zur Bewältigung der Digitalisierung zur Verfügung stellen und landesweit keine weiteren Krankenhäuser privatisieren, um die gesellschaftlich nützliche Vielfalt der Träger zu erhalten.

Geburtshilfe sicherstellen – Mutter und Kind umsorgen

Seit Jahren werden bewährte Strukturen der Geburtshilfe wirtschaftlichen Interessen geopfert. Geburtsstationen in Krankenhäusern werden geschlossen, weil diese im gegenwärtigen Finanzierungssystem nicht genug Profit ermöglichen. Freiberuflichen Hebammen wird ihre gesellschaftlich unersetzbare Berufsausübung erschwert, nicht wenige Hebammen geben ihren Beruf auf.

Die AfD steht für eine Familienpolitik, durch die es jungen Paaren leicht gemacht wird, sich für Kinder zu entscheiden. Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Deshalb werden wir wohnortnahe Geburtenstationen langfristig auf einem ganzheitlich hochwertigen Niveau erhalten und streben kurzfristig Wiedereröffnungen von geschlossenen Geburtenstationen an. Wir wollen die freiberufliche Tätigkeit von Hebammen und Geburtshelfern umfassend sichern und stärken, sowie den Nachwuchs für diese Berufe fördern.

Fallpauschalen-System grundlegend reformieren

Die AfD fordert eine Abkehr vom bisherigen DRG-Fallpauschalen-System („Diagnosis Related Groups“) zugunsten einer Neuausrichtung in der Krankenhausfinanzierung. Die Finanzierung der Gesundheitsleistungen in Krankenhäusern haben zu Fehlanreizen und in der Folge zum Leistungsabbau der Kliniken in den kostenträchtigen Bereichen etwa in der Pädiatrie oder auch der Geburten- und Kinderstationen geführt.

Individualbudgets für Krankenhäuser sind hier ein erster Schritt, den wir auf Bundesebene anstreben, um in der Gesundheitsversorgung ein vollständiges Leistungsangebot für Klinikbetreiber auch wirtschaftlich attraktiv zu machen.

Bezahlung der niedergelassenen Ärzte

Auch im Bereich der ambulanten ärztlichen Versorgung wäre es sinnvoll, zur Vergütung der Einzelleistung zurückzukehren, die Pauschalen haben skurrile Konsequenzen. Es sollte eine Vergütung in Euro und Cent erfolgen sowie eine Abrechnung nach Behandlungsabschluss wie bei den Privatpatienten. Die AfD unterstützt ein solches ehrliches System.

Aufklärung über Fragen der Gesundheit

Wenig beachtet in unserem Streben nach Gesundheit ist die Ausbildung der Bevölkerung in grundlegenden Fragen der Gesundheitspflege. Mancher Aufenthalt im Krankenhaus und manche langwierige und teure Therapie könnte so vermieden werden. Schon Kindergärten, Schulen und Sportvereine könnten Orte der Aufklärung zum richtigen gesundheitlichen Verhalten sein. Ähnlich der Verkehrserziehung ist eine Erziehung in Fragen der richtigen Ernährung notwendig. Die AfD unterstützt die Initiativen, über das professionelle System der Heilung hinaus schon im Vorfeld durch ein überlegtes Verhalten Erkrankungen zu vermeiden.

Schluss mit den Corona-Maßnahmen - Infektionsschutz ist Landesaufgabe

Infektionsschutzmaßnahmen sind immer auch Grundrechtseingriffe. Sie müssen rechtsstaatlichen Anforderungen an Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit genügen. Die bisherigen Corona-Maßnahmen von Bundes- und Landesregierung genügen diesen Anforderungen nicht und sind daher sofort und umfassend einzustellen. Den in der Corona-Pandemie erkannten vulnerablen Gruppen muss der notwendige Schutz zuteilwerden, Betreiber von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen werden wir unterstützen.

Die AfD steht für eine freie und unbeeinflusste Impfentscheidung, deshalb stellen wir uns gegen eine allgemeine oder partielle Impfpflicht gegen das SARS-CoV2-Virus. Eine medizinisch nicht zu begründende Corona-Schutzimpfung von Kindern lehnen wir strikt ab. Wir stehen hinter den Menschen, die tagtäglich für unsere Gesundheitsversorgung diese so wichtige Arbeit leisten und fordern daher in einem ersten Schritt die Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Auf Bundesebene werden wir uns für die Rücknahme der Impfpflicht für Gesundheitsberufe einsetzen.

Die AfD setzt sich für eine Rückführung des Infektionsschutzgesetzes auf den Stand vor der Corona-Pandemie ein. Wir wollen den Infektionsschutz als Landesaufgabe und werden den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen, um die Bevölkerung in Schleswig-Holstein künftig zielgenau und angemessen vor den Gefahren einer Infektionsausbreitung zu schützen. Dazu werden wir die Gesundheitsämter bei der Erfassung von Infektionsfällen digital ertüchtigen und personell verstärken. Außerdem werden wir alle erforderlichen Daten eines Infektionsgeschehens erfassen und tagesaktuell und transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Verzernte und falsche Daten darf es nicht mehr geben, denn wir setzen darauf, dass nur eine umfassende und ehrliche Kommunikation - frei von alarmierenden Tönen - in der Bevölkerung für Besonnenheit und die notwendige Akzeptanz von Schutzmaßnahmen sorgen kann. Flächendeckende Tests sind für diagnostische Zwecke ungeeignet und daher abzuschaffen.

Beendigung des Pflegenotstands

Steigende Patientenzahlen, Abnahme von qualifiziertem Pflegepersonal, Überlastung vorhandener Pflegekräfte und eine Ausgabendeckelung der Kranken- und Pflegekassen bei

der Entlohnung sorgen für eine zunehmende Schieflage. Die AfD fordert das Fortbestehen der verschiedenen Versorgungsformen und die Förderung altersgerechter Wohnformen. Wir befürworten weiter die getrennte Berufsausbildung von Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege, die sich über Jahrzehnte bewährt hat

Wertschätzung für die häusliche Pflege

Etwa 75% aller Pflegebedürftigen werden zu Hause von den Angehörigen versorgt und stellen damit Deutschlands größten Pflegedienst dar. Im Fokus der Gesundheitspolitik von Bund und Ländern steht jedoch die stationäre Pflege in den Einrichtungen. Pflegenden Angehörigen verdienen unsere Wertschätzung und unsere Unterstützung. Deshalb wird die AfD eine Vereinbarung mit den Einrichtungen über ein festes Platz-Kontingent für Kurzzeit- und Verhinderungspflege treffen. Außerdem wollen wir die bestehende Landes-Alltagsförderungsvereinbarung zur Unterstützung Pflegenden in häuslichen Arbeiten niederschwellig ausgestalten und den monatlichen Entlastungsbeitrag von derzeit 125 Euro verdoppeln. Wir wollen pflegende Angehörige vor Verarmung durch Pflege schützen und die Möglichkeit einer proaktiven Beratung der Pflegenden einführen.

Arzneimittelversorgung sicher und günstig gewährleisten

Die zunehmende Wartezeit insbesondere auf lebenswichtige Medikamente sowie eine Gefährdung gleichbleibender Versorgungsqualität weisen Reformbedarf auf. Die AfD setzt sich dafür ein, die Herstellung und Vorhaltung von Medikamenten im eigenen Lande zu fördern, um in Krisenfällen bei der therapeutischen Gesundheitsversorgung nicht von ausländischen Herstellern abhängig zu sein. In anderen EU – Ländern gilt bereits für Medikamente ein abgesenkter Steuersatz oder diese sind ganz steuerbefreit. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Medikamente von 19% auf 7% einsetzen.

Souveränität des Patienten über seine Daten herstellen

Medizinische Behandlungsdaten zeichnen sich durch besonders hohe Sensibilität aus. Die AfD lehnt die Schaffung einer zentralen Datenbank mit der Anbindung von Kliniken, Praxen, therapeutischen Einrichtungen und Apotheken zur Speicherung vertraulicher Patientendaten ab. Wir befürworten eine Speicherung von Notfalldatensätzen, einer Übersicht benötigter Medikamente oder einer Patientenverfügung direkt auf einer Krankenversicherungskarte, über deren Nutzung der Patient eigenverantwortlich entscheidet.

Psychiatrische Versorgung weiter humanisieren

Reformbedarf gibt es in der psychiatrischen Versorgung: Zwangseinweisungen, indirekte und direkte Gewaltanwendung sind immer noch Merkmale des Umgangs mit psychisch Kranken in psychiatrischen Versorgungseinrichtungen. Hier muss die Sensibilität für Missbrauch der institutionellen Macht gegenüber den psychisch kranken Menschen im Krankenhaus-Alltag immer präsent sein und nie nachlassen! Die AfD fordert eine systematische Dokumentation von Fehlverhalten, dies würde die Situation nicht nur entschärfen, sondern auch eine Bewertung und Aufarbeitung ermöglichen und Lernprozesse einleiten

Organspende, Sterbehilfe

Eine Verpflichtung zur Organspende lehnt die AfD ab. Der Prozess des Sterbens ist durch die bewährte Palliativmedizin und eine passive-Sterbehilfe zu begleiten.

Cannabis nur in der Medizin

Nur unter ärztlicher Aufsicht sollen Präparate mit dem Hauptwirkstoff Cannabis zur Verfügung stehen. Wir befürworten den Ausbau der suchtpsychiatrischen Versorgung für eine dauerhafte Abstinenz von Drogen.

Sport

Förderung des Sports

Sport, Bewegung und gesunde Lebensführung strahlt in verschiedene Bereiche wie Gesundheit, Persönlichkeitsentwicklung, Bildung, Erziehung, Kultur, Ökonomie und Politik hinein und ist aufgrund seiner grundsätzlichen Bedeutung für jeden Einzelnen und die Gesellschaft existentiell und bedarf eines eigenen Kapitels.

Mehr als die Hälfte aller Kosten für das deutsche Gesundheitssystem entsteht durch vermeidbares und selbstbestimmtes Fehlverhalten. Wir essen zu viel, wir essen ungesund, wir bewegen uns zu wenig und wenn dann oft falsch.

Sport in der richtigen Dosierung ist in allen Lebensphasen der Garant für mehr Gesundheit und höhere Leistungsfähigkeit. Zivilisationskrankheiten wie Diabetes Mellitus, Adipositas, Herz-Kreislauferkrankungen, Bluthochdruck, Depression und viele Krebsarten können verhindert oder zumindest deutlich minimiert werden durch eine gesunde und sportive Lebensweise. Das Immunsystem wird leistungsfähiger, Infektionskrankheiten verlaufen milder und es entwickelt sich ein höheres und stabileres Selbstwertgefühl.

Die AfD fordert für den Sport beginnend von klein auf bis ins hohe Lebensalter eine deutliche Erhöhung an personellen wie auch finanziellen Ressourcen. Jede Investition in ein lebenslang sportives Leben rentiert sich im Hinblick auf die aktuell ausufernden Kosten für das Gesundheitssystem.

Die Bedeutung von Sport für Erziehung, Entwicklung und Bildung

Von Geburt an bringt fast jedes Kind die Voraussetzung für Gesundheit, Energie und Lebensfreude mit sich. Gerade die ersten Lebensjahre eines Kindes sind prägend dafür, ob sich diese Voraussetzungen entfalten können oder ob es negativ sozialisiert wird. Die Ausprägung von motorischen Fähigkeiten ist nicht nur relevant für ein gutes Körpergefühl, sondern auch für die kognitive Entwicklung des Kindes. Den Kitas ist dies in der Regel auch bewusst. Erziehung im Vorschulalter erfordert mehr Ressourcen für die Personalausstattung. Es kümmern sich immer noch zu wenig Erzieher um zu viele Kinder.

Arbeits- und Sozialpolitik

Lohndumping in der Leiharbeit verhindern

Die AfD befürwortet prinzipiell die Festanstellung gegenüber einer Beschäftigung von Leiharbeitern. Wo Leiharbeitnehmer eingesetzt werden, sollen diese ihren festangestellten Kollegen lohnmäßig gleichgestellt sein. Da Leiharbeitnehmer einem höheren Kündigungsrisiko unterliegen, soll eine Flexibilitätsprämie Ausgleich schaffen. Sie soll als Ausgleich gezahlt werden, statt etwa den Lohn stufenweise zu erhöhen.

Einmal geschlossene Zuschlagstarifverträge behalten bis zum vereinbarten Ablauf ihre

Gültigkeit. Eine Verlängerung ist ausgeschlossen.

Landesmindestlohn beibehalten

Der gesetzliche Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden. Er schützt Arbeitnehmer auch vor dem durch die Masseneinwanderung verursachten Lohndruck.

Qualifikation hilft, Langzeitarbeitslosigkeit zu überwinden

Die heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind nicht auf die derzeitige Situation am Arbeitsmarkt abgestimmt. Daher kann eine hohe Zahl von offenen Stellen nicht besetzt werden, obwohl es immer noch Millionen von Arbeitslosen gibt. Die AfD setzt sich für eine zielgerichtete Qualifikation von Arbeitslosen ein, die den tatsächlichen Erfordernissen am Arbeitsmarkt entspricht. Umschulungsmaßnahmen sind vom Land zu unterstützen.

Weiterbildungsmaßnahmen für arbeitslose und nicht qualifizierte Zuwanderer dürfen nicht zum Geschäftsmodell für findige Agenturen werden, denen es mehr um ihren Profit als um die Qualifikation ihrer "Kunden" geht. Das gilt analog für die sog. "Asylindustrie", deren vordringliches Ziel es ist, die Zuwanderer im Land zu behalten, selbst wenn diese kein Bleiberecht haben und nicht für den deutschen Arbeitsmarkt geeignet sind.

Das Potenzial älterer Arbeitnehmer stärker nutzen

Die deutsche Gesellschaft altert. Negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind jedoch nicht zwangsläufig, da sich unter den älteren Bürgern viele Fachkräfte befinden. Daher stellen qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte ein wichtiges Potential für die schleswig-holsteinische Wirtschaft dar. Ihnen ist die angemessene Wertschätzung entgegenzubringen und einen Weg in den Arbeitsmarkt zu öffnen.

Menschen mit Behinderungen nicht zu Bittstellern degradieren

Die AfD steht für eine ideologiefreie Behindertenpolitik, die rationalen Erwägungen folgt und von Vernunft geleitet ist. Der barrierefreie Zugang ist für Menschen mit Behinderungen ein entscheidender Aspekt dafür, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Der barrierefreie Zugang zu Behörden und eine ebensolche Bereitstellung von amtlichen Informationen, Anträgen und Formularen sind nicht überall möglich. Wir fordern, dass Behörden und alle behördlichen Vorgänge barrierefrei zugänglich sind.

Die AfD will den Nachteilsausgleich für Blinde, hochgradig Sehbehinderte, Gehörlose oder schwerstbehinderte Kinder erhöhen.

Mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen

Trotz der gesetzlichen Verpflichtung, Arbeitsplätze für behinderte Menschen vorzuhalten, ist die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen deutlich zu hoch. Um echte Teilhabe für behinderte Menschen am Arbeitsleben zu verwirklichen, fordert die AfD die Schaffung von Anreizen in Form eines Bonussystems für alle Arbeitgeber für die Einrichtung von mehr Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung, gekoppelt mit einer fairen Entlohnung.

Jugendarbeit und Ehrenamt

Bei allen ehrenamtlichen Projekten muss auf eine ideologiefreie Gestaltung geachtet werden. Wir lehnen eine Förderung extremistischer Vereine konsequent ab. Eine

Demokratieerklärung muss verbindliches Element bei der Ausreichung von Fördergeldern werden. Die AfD will ehrenamtliches Engagement finanziell, räumlich und personell stärken und deren Anerkennung und Wertschätzung weiter unterstützen.

Gezielte Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Das Problem der Wohnungs- und Obdachlosigkeit wurde bislang gesellschaftlich eher am Rande wahrgenommen. Die steigende Zahl der Wohnungs- und Obdachlosen zeigt jedoch die mangelhafte Planung im sozialen Wohnungsbau, die ihre Ursache in der fehlenden konkreten Bedarfsermittlung hat. Die AfD fordert daher die Einführung einer zentralen Statistik zur Erfassung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Sozialleistungen auf Wirksamkeit prüfen

Jedes Jahr rügt der Landesrechnungshof die Verschwendung von Steuern in fast allen Ressorts - so auch im Sozialsektor. Hier besteht die Gefahr, dass aus Hilfsangeboten eine soziale Hängematte wird und sich findige Unternehmer bereichern. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und das Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen das Haushaltsrecht und fehlende Erfolgskontrolle, etwa in der Jugendhilfe.

Mit der Migrationskrise sind diese Mängel noch größer geworden. Die AfD fordert, sämtliche Unternehmen der Wohlfahrtsindustrie regelmäßig und unabhängig zu überprüfen, damit Steuerverschwendung eingedämmt und ineffiziente Strukturen identifiziert werden können. Insbesondere Spenden sammelnde Organisationen sowie steuer- oder beitragsfinanzierte soziale Einrichtungen privater Träger – etwa in der Behinderten-, Jugend-, Gesundheits- und Altenhilfe – sollen über ihre Aufgaben, Projekte, deren Finanzierung und die Mittelverwendung öffentlich Rechenschaft ablegen.

Sozialleistungen bei Mehrfachehen

Die AfD will islamisch geprägte Polygamie und Zwangsehen unterbinden. Wir fordern daher, das Verbot der religiösen Trauung vor einer standesamtlichen Eheschließung wieder in Kraft zu setzen. Um die missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen bei Zweit- und Drittfrauen und deren Kindern zu verhindern, setzen wir uns für einen Austausch zwischen Jobcentern und Standesämtern zu Personenstandsangaben ein. Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach deutschem Recht geschlossen werden dürfen.

Familienpolitik

Demographie

Der sogenannte demographische Wandel ist ein Euphemismus für die stetig weiter voranschreitende Vergreisung und das schrittweise Aussterben der deutschen Bevölkerung. Diese gesellschaftliche Fehlentwicklung ist in der etablierten Politik schon seit über vier Dekaden bekannt, allein, es fehlt der dezidierte Wille zur Lösung, da die Altparteien blind für die Ursachen sind.

Kinder gelten in unserer Gesellschaft als verzichtbares Karrierehemmnis, als Belastung und Einschränkung der persönlichen Freiheit. Dieser Eindruck wird durch eine hedonistische Lebensweise und eine fehlende politische Rückendeckung für Familien ebenso verstärkt. Man pflegt die nachweislich falsche Darstellung, dass man die dramatischen Folgen des Geburtenrückgangs bei der eigenen Bevölkerung durch kulturfremde Einwanderung aus anderen Ländern ausgleichen könne.

Die Geburtenrate liegt seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland bei Werten um 1,29 und damit weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Jede Generation Kinder ist bei dieser Geburtenrate um 30 % kleiner als die Generation ihrer Eltern. Wir, die Alternative für Deutschland wollen dieser demografischen Katastrophe durch klare Wertentscheidungen begegnen. Wir werden das schleichende Aussterben der deutschen Bevölkerung nicht altpolitisch beschönigen, sondern es als das bezeichnen, was es ist.

Familien mit Kindern sind das Fundament unserer Gesellschaftsordnung

Die AfD bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Erziehungsleistungen müssen in unserer Gesellschaft wieder stärker ideell und finanziell anerkannt werden.

Es muss erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen und in dieser Ehe Kinder liebevoll zu erziehen. In den bedauerlichen Fällen, in denen ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung vom Staat.

Die in den letzten Jahren immer weiter stattgefundenen Übernahmen der elterlichen Erziehungsaufgaben durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des Gender-Mainstreaming und die allgemeine Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.

Nein zu staatlich verordneter Gleichmacherei und Frühsexualisierung

Die Ideologie des Gender Mainstreaming leugnet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau wird schon heute durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch zerstört. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als massiven Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ab.

Die AfD setzt sich dafür ein,

- die im GG verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau unabhängig von der Gender-Ideologie weiter voranzutreiben.
- Quotenregelungen, die mit der Gender-Ideologie begründet werden, abzuschaffen, da Quoten grundsätzlich kein geeignetes Mittel sind, um weiter die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erreichen.
- in den Schulen Schleswig-Holsteins zu einem altersgemäßen Sexualkundeunterricht zurückzukehren, der eben nicht durch sogenannte „Sexualexperten“, sondern durch Klassen- bzw. Fachlehrer erteilt wird. Eine aus falsch verstandener Toleranz gelehrt

„Sexualerziehung der Vielfalt“ und die damit einhergehende Frühsexualisierung von Kindern ist zu unterbinden.

- Die AfD fordert für die Gesellschaft Familienbeauftragte statt Gleichstellungsbeauftragte.

Familien schaffen Werte und brauchen echte Unterstützung

Familien sind gegenüber Kinderlosen deutlich finanziell benachteiligt, wie das Bundesverfassungsgericht bereits 2001 bestätigt hat. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in der Politik und den Medien zunehmend als karrierehemmender Ballast dargestellt. Die AfD wendet sich gegen die Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen und Familienentwürfe.

Durch die spezielle Förderung von Familien mit mehreren Kindern möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Die AfD fordert daher gezielte finanzielle Unterstützung für Familien

- Willkommensgeld für Neugeborene
- Steuerfreiheit ab dem dritten Kind für verheiratete Eltern
- Landeserziehungsgeld für jedes Kind
- eine stärkere Berücksichtigung von Anzahl der Kinder und Erziehungsleistung bei der gesetzlichen Rente und bei der Beamtenversorgung
- Familien-Splitting als Ergänzung zum Ehegatten-Splitting
- Zinsloses Darlehen für den Erwerb von Wohneigentum
- Beitragsfreier Kindergartenbesuch oder gleichwertige Unterstützung der Eltern für die Erziehung

Die AfD setzt sich ein für

- eine tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Säuglings- und Kleinkinderbetreuung, die elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern und Tagesmütter einschließt
- Beratung und Unterstützung bei der Rückkehr in den Beruf für beide Elternteile
- Finanzielle Förderung des Berufseinstiegs, insbesondere nach mehrjähriger Erziehungsarbeit
- Förderung von Betriebskindergärten durch die Gemeinden
- Beendigung der massiven finanziellen Benachteiligung der Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen
- Umbenennung des Ministeriums für „Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung“
- in Ministerium für „Familie, Soziales, Gesundheit und Wissenschaft“

Alleinerziehende unterstützen

Die AfD setzt sich ein für:

- ein Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht, das die Anerkennung von Erziehungszeit berücksichtigt und damit auch Alleinerziehende und Unterhaltszahlende mit einbezieht.

- eine Stärkung des Zusammenlebens von Mutter, Vater und Kindern durch finanzielle Hilfen und Beratung in Krisensituationen
- staatlich oder kirchlich organisierte Freiwilligendienste für Babysitter-Notdienste im Rahmen „DEIN JAHR FÜR DEUTSCHLAND“
- Beratung und Hilfen durch die von uns geforderten Familienbeauftragten

Die AfD setzt sich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein

Die AfD möchte die Anzahl der Babyklappen in Schleswig-Holstein ausbauen. In den Augen der AfD ist jedes werdende Leben schützen- und erhaltenswert. Abtreibung ist kein Menschenrecht, sondern Unrecht am ungeborenen Leben. Gemäß §218 sind Abtreibungen grundsätzlich verboten, bleiben jedoch in definierten Ausnahmefällen straffrei. Die AfD setzt sich dafür ein, den §218 in seinem ursprünglichen Sinne anzuwenden. Das bedeutet beispielsweise, dass wegen der Unumkehrbarkeit einer Abtreibung die vorgeschriebene Beratung nicht durch Organisationen, die Abtreibungen befürworten oder durchführen, erbracht werden darf. Es muss sichergestellt werden, dass Gründe, die gegen eine Abtreibung sprechen, und Folgen einer Abtreibung deutlich zur Sprache kommen und für die Entscheidung berücksichtigt werden.

Hilfsangebote für betroffene Frauen müssen unterstützt werden. Viele Frauen werden von dem Vater ihres Kindes, der Familie oder anderem Umfeld zu einer Abtreibung gedrängt. Hilfsangebote, die es Frauen ermöglichen, sich diesem Druck zu entziehen, müssen gefördert werden, sowie Möglichkeiten, ihr Kind gegebenenfalls auch alleine zu erziehen und in würdigen Umständen zu leben. Freigabe zur Adoption ist eine Alternative. Diese Möglichkeiten müssen so verfügbar sein, dass möglichst keine Frau ihr Kind ohne medizinische Betreuung alleine zur Welt bringt und an einer Babyklappe abgibt oder gar durch eine Abtreibung ihr Kind töten lässt.

Weibliche Verschleierung

Die Verschleierung der Frau in der Öffentlichkeit ist weder ein modisches Accessoire noch eine ethnische oder religiöse Tracht. Sie dient vielmehr der kulturellen und religiösen Abgrenzung islamischer Frauen und Mädchen zu unserer deutschen Kultur und stellt damit ein nicht zu tolerierendes Integrationshemmnis dar. Die AfD steht für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen und stellt sich gegen die Unterdrückung muslimischer Frauen. Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen, ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Präambel

Die Alternative für Deutschland misst dem Bereich der Bildung und Kultur höchste Priorität zu. Obwohl alle Deutschen wissen müssten, dass Bildung der einzige Rohstoff ist, über den Deutschland verfügt, um seine Zukunft zu sichern, wird in diesem Sektor gespart. Wenn es dagegen darum geht, Schulexperimente mit sozialistischer Ausprägung zu finanzieren, wird

genügend Geld bereitgestellt. Ansonsten ist - insbesondere für Personal und für den baulichen Zustand der Schulen - der Rotstift der Stift, der am häufigsten benutzt wird. Wenn Deutschland, das vormals die meisten Nobelpreisträger hervorbrachte, dessen dreigliedriges Schulsystem (mit einem leistungsfähigen Gymnasium) und Organisation der beruflichen Bildung weltweit anerkannt war und Vorbildcharakter besaß, wieder in die erste Reihe der Industrienationen zurückkehren will, muss eine wegweisende und tiefgebende Reform durchgeführt werden. In den folgenden Abschnitten werden Vorschläge der AfD Schleswig-Holstein dazu in programmatischer Form vorgelegt.

Die bewährte Vorschule wieder einführen

Die AfD fordert die Wiedereinführung der bewährten Vorschulklassen möglichst an Grundschulen. Immer mehr Kinder sind zum Zeitpunkt der Einschulung nicht oder nur bedingt schulreif. Exemplarisch belegen Schuleingangsuntersuchungen, dass bei jedem fünften Kind die Kompetenzen in der deutschen Sprache nicht ausreichend für einen Schulbesuch sind und Verhaltensauffälligkeiten im sozial- und emotionalen Bereich stark zugenommen haben. Kinder mit besonderen Förderbedarfen in den Bereichen Sprache, Lernen, emotionale und soziale Entwicklung müssen bereits vor Schuleintritt durch individuelle Förderpläne gestärkt werden, sodass sie erfolgreich am Unterricht in der ersten Klasse teilnehmen können und nicht frühzeitig an den schulischen Anforderungen scheitern und das Lerntempo und das Lernniveau der Klasse nicht beeinträchtigt wird. Um mehr Chancengleichheit zu gewährleisten, müssen insbesondere Kinder mit gravierenden Entwicklungsdefiziten auf den Schuleintritt vorbereitet werden. Eine individuelle Förderung in der Vorschule ist dafür die Voraussetzung.

Kleine Schulen, Schulstandorte und Schulklassen schaffen und schützen

Die AfD setzt sich für den dauerhaften Erhalt von kleineren Schulstandorten und die Errichtung kleiner Schulen und Klassen ein. Auf Grund zurückgehender Schülerzahlen sind nicht Schulen zu schließen, sondern die Klassen deutlich zu verkleinern. Sowohl in die Aufstockung des Lehrpersonals als auch in die Modernisierung und lernfreundliche Umgestaltung sowie den Neubau schulischer Einrichtungen ist entschieden mehr Geld zu investieren. Dies käme allen Schülern und Lehrern aller Schulformen und Schulstufen zugute: Die Schüler lernten viel intensiver und die Lehrer hätten weitaus mehr Möglichkeiten individueller Förderung und dementsprechend mehr beruflichen Erfolg, der auch zu weiterer Arbeit anspornte.

Das Leistungsprinzip stärken - Mehrgliedrigkeit gewährleisten

Ein leistungsorientiertes Bildungswesen ist die Grundlage unseres Wohlstands und wesentlicher Bestandteil unserer Kultur.

Die AfD setzt sich für den Erhalt der Gymnasien ein. Dem Übungs- und Leistungsprinzip der Gesellschaft ist im Schulbereich zu entsprechen. Neben Berichtszeugnissen oder Entwicklungsberichten sollen Schulen zu Notenzeugnissen ab der 3. Klasse verpflichtet werden. Zum Halbjahr des 4. Schuljahres geben die Grundschullehrkräfte eine Schulübergangsempfehlung. Bei Abweichung von der Empfehlung ist eine Probebeschulung vorgesehen.

In der Gemeinschaftsschule kann den unterschiedlichen Leistungsmöglichkeiten der Schüler - neben den bestehenden Möglichkeiten des binnendifferenzierenden Unterrichts und dem Unterricht in nach Leistungsfähigkeit differenzierten Lerngruppen - auch durch die Bildung

abschlussbezogener Klassen entsprochen werden. Die Differenzierung nach kognitiven Möglichkeiten in Gruppen und Klassen erhöht die Effizienz des schulischen Kompetenzerwerbs und stärkt durch Lernerfolge das Selbstvertrauen gerade der leistungsschwächeren Schüler.

Freiwillige, statt verpflichtende Ganztagschulen

Die AfD setzt sich für die sog. „Offene Ganztagschule“ ein und lehnt die finanzielle Besserstellung von geschlossenen (verpflichtenden) gegenüber offenen (freiwilligen) Ganztagschulen ab. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und benötigen für eine ausgewogene Persönlichkeitsentwicklung Freiräume außerhalb von Schule, etwa in Sportvereinen oder Jugendgruppen. Demgemäß bilden Ganztagschulen lediglich eine Ergänzung zum in Deutschland traditionellen Halbtagsunterricht, dem sich Vertiefungs- und Übungsaufgaben in Form von Hausaufgaben anschließen, die selbständig zu lösen sind.

Hochbegabte erkennen und fördern

Die AfD setzt sich dafür ein, dass in der Lehrerbildung ein Pflichtmodul „Besondere Begabung und Hochbegabung“ eingeführt wird. Neben der Diagnostik, bei der auch auf die unterschiedlichen Verhaltensmuster von Jungen und Mädchen eingegangen wird, soll ein Schwerpunkt auf begabungsförderndem Unterricht liegen. Bei nachgewiesener Begabung sollen die Gymnasien eine 4-wöchige Begutachtungspflicht haben.

Die AfD setzt sich für eine Landesschule für hochbegabte Schüler ein. Das Land Schleswig-Holstein soll diesen Schülern die Möglichkeit bieten, im eigenen Land ihren Fähigkeiten entsprechend ausgebildet zu werden. Die Schule soll im Internatsbetrieb geführt werden. Den Eltern entstehen keine Kosten. Vorbild können die Landesschulen anderer Bundesländer sein.

Förderschulen erhalten - Wahlfreiheit sicherstellen

Das Wohl des Kindes ist das alleinige Richtmaß jeglichen pädagogischen Handelns. Inklusion kann jedoch nicht bedeuten, alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen zu verteilen. Denn die Bedürfnisse zahlreicher integrierter Kinder werden missachtet, wenn die Folgen von körperlichen, geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen zum Teil verharmlost oder nicht in ihrer Schwere erkannt werden. Bei Eltern behinderter Kinder wird zudem die Hoffnung auf eine „Normalität“ geweckt. Doch diese Hoffnung wird schon in der Schule, spätestens aber beim Übergang in das Berufsleben oft enttäuscht. Zu unterschiedliche Bedürfnisse von Schülern führen unweigerlich zur Überforderung der Lehrer.

Aus diesem Grunde befürwortet die AfD die Einrichtung von Förderschulklassen in den Gebäuden von Regelschulen. Diese bieten Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Schutzräume, die sie benötigen, wobei gleichzeitig ein gemeinsamer Unterricht über die Klassengrenzen hinaus, wann immer sinnvoll, erteilt werden kann.

Bildungsabschlüsse vergleichbar und gleichwertig gestalten

Es ist zwingend erforderlich, dass die Vergleichbarkeit und die Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen bundesweit sichergestellt werden. Hierfür sollen deutschlandweit einheitliche Bildungsstandards und Abschlussprüfungen eingeführt werden, die sich an den Bundesländern mit dem höchsten Bildungsniveau orientieren. Dies ermöglicht und erzwingt einen Wettbewerb der verschiedenen Bildungssysteme.

Schule, Hochschule und Forschung vor Ideologie schützen

Die AfD bekennt sich gemäß Artikel 5 des Grundgesetzes zur Freiheit der Wissenschaft und setzt sich für den Schutz des Bildungssystems vor ökonomischen und ideologischen Forderungen ein. Als Fundament der Bildung gelten der christlich-humanistische Wertekanon, die griechisch-römische Klassik sowie das Bildungsideal der preußischen Reformer und Wilhelm von Humboldt. Das Ziel ist die Herausbildung mündiger, kritischer und berufstauglicher junger Menschen, selbstständig denkend und verantwortungsbewusst handelnd. Der Bildungsbegriff umfasst neben Wissen schöpferische, musische, körperliche, ästhetische Tätigkeit und die Förderung des Verstandes.

Die AfD lehnt das Tragen eines Kopftuchs als religiös-politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell ab. In der Schule darf es weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen getragen werden. Wir werden uns einsetzen, hierfür die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

Das Bachelor-Mastersystem hat versagt

Die AfD fordert die Rückkehr zu den bewährten Studienabschlüssen Diplom, Magister und Staatsexamen und den entsprechenden Regularien. Planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und Frauenanteil lehnen wir ab. Für Studienabschlüsse darf es keine Quoten geben!

Die Bologna-Reformen sind missglückt. Keine der in sie gehegten Erwartungen wurden erfüllt. Weder wurde eine Verkürzung der Studienzeit, noch eine bessere internationale Anschlussfähigkeit erreicht. Stattdessen nahm die Verschulung an Universitäten zu. Es gilt deshalb, bewährte Ausbildungsgänge und Abschlüsse wie Diplom und Staatsexamen wieder zu ermöglichen.

Gender-Forschung abschaffen

Die AfD wird sich dafür einsetzen, bestehende Gender-Lehrstühle nicht neu zu besetzen und laufende Projekte nicht zu verlängern. Die sogenannte Gender-Forschung erfüllt nicht die Ansprüche einer seriösen Wissenschaft. Der Wildwuchs an Studiengängen in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu überprüfen.

Umfangreiche Praktika vor und während des Lehramtsstudiums einführen

Viele junge Lehrer entscheiden sich für den falschen Beruf und sind den psychischen Anforderungen des Lehrberufs nicht gewachsen. Um sich die mit dem Lehrberuf verbundenen Anforderungen bewusst zu machen, fordert die AfD für Lehramtsstudenten im Rahmen des Grundstudiums ein sechsmonatiges Pflichtpraktikum an verschiedenen Schulen und Schulformen, in dem die eigenen Fähigkeiten in dem angestrebten Berufsfeld erprobt werden. Hierdurch kann die Eignung für die Lehrtätigkeit durch den Studenten selbst sowie durch Mentoren frühzeitig erkannt werden.

Ausbildung von Sonderschullehrkräften verstärken

Aufgrund des Mangels an Sonderschullehrern muss intensiver um entsprechende Kräfte geworben werden. Die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen in dem Bereich während des Studiums sowie im späteren regulären Dienst sollte auch für alle anderen Lehrkräfte deutlich ausgebaut werden.

Eigene schulische Lehrerfahrung von Professoren ermöglichen

Die AfD fordert, dass die in den Lehramtsstudiengängen unterrichtenden Professoren selbst mindestens fünf Jahre erfolgreich unterrichtet haben, um eine entsprechende Vermittlung aus der persönlichen Berufserfahrung heraus gewährleisten zu können. Es ist wichtig, dass die Lehrkräfte an Hochschulen auch persönliche Erfahrungen an Schulen und im Umgang mit Schülern gesammelt haben. Diese Voraussetzung würde zwangsläufig den Blick für die tatsächliche Umsetzbarkeit der gelehrt Inhalte schärfen.

Hochschulen und Forschung

Hochschulen sind Orte der Forschung und Lehre. Deutsche Hochschulen waren führend in der Welt und drohen durch die Anpassung an globale Standards, die unter unseren eigenen liegen, ihren Rang als Spitzeninstitutionen zu verlieren. Dem ist durch die Förderung des Leistungsprinzips, der Freiheit der Wissenschaft und dem universitären - nicht verschultem - Charakter der Lehre Rechnung zu tragen. Die AfD möchte auch Schleswig-Holstein zu einem Ort intensiver Wissenschaft und Forschung machen und an die Tradition von Nobelpreisträgern wie Max Planck, Philipp Lenard oder Theodor Mommsen anknüpfen, die in Schleswig-Holstein wirkten.

Der Bologna-Prozess ist gescheitert. Daher sind die bewährten Studienabschlüsse von Diplom und Magister wieder einzuführen. Eine Verschmelzung von Universitäten und Fachhochschulen zu Gesamthochschulen lehnen wir ab. Promotionen sind nur an Universitäten möglich. Unsere Hochschulen brauchen wieder Autonomie von der Politik, um Forschung und Lehre ihrem Auftrag entsprechend auszuführen. Daher lehnen wir auch die ideologischen Vorgaben der Politik ab, um etwa Themen wie „Gleichstellung“, „Klimaneutralität“ oder „Nachhaltigkeit“ im Wissenschaftsbetrieb durchzusetzen. Dagegen braucht das Land mehr Studenten in den „MINT“-Fächern und in den Ingenieurwissenschaften. Die AfD setzt sich für eine praxisnahe Forschung ein, die der Grundlagenforschung gleichwertig zur Seite stehen muss.

Wir plädieren dafür, den Hochschulen das Recht zu geben, Bewerber nach eigenen Kriterien auszuwählen. Wir setzen uns für den Ausbau und die Neuansiedlung von Großforschungseinrichtungen besonders naturwissenschaftlicher und technischer Fachrichtungen ein.

Meisterbrief und Duales System erhalten

Die AfD setzt sich für den Erhalt der dualen Handwerkerausbildung mit entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Das duale Ausbildungssystem von Betrieb und Berufsschule wollen wir beibehalten. Es hat sich bewährt.

Der deutsche Meisterbrief ist für uns wie ein Gütesiegel und soll ein Qualitätsmerkmal bleiben. Auf Landesebene soll er entgegen den Bestrebungen der EU beibehalten werden. Er sollte in fachlich und organisatorisch anspruchsvollen Bereichen weiterhin die Voraussetzung zum Führen von Handwerksbetrieben sein.

Das deutsche duale Ausbildungssystem ist ein Erfolgsmodell, welches international hohes Ansehen genießt und gestärkt werden muss. Die Verbindung aus praxisorientierter Ausbildung in den Betrieben und theoretischer Bildung in den Berufsschulen hat sich über viele Jahrzehnte bewährt und genießt eine hohe Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Akademisierungswahn ist abzulehnen. Jugendliche sollen nicht verführt werden, sich zur akademischen Erwerbslosigkeit ausbilden zu lassen. Vielmehr sollte der Wert einer beruflichen Ausbildung zum Handwerker unterstrichen werden. Beide „Säulen“ müssen wieder gleichwertig behandelt und gefördert werden.

Die AfD setzt sich für den Erhalt des Beruflichen Bildungszentrum Trave-Campus in Lübeck im ursprünglich geplanten Umfang ein.

Politische Bildung und "Bildung für nachhaltige Entwicklung"

Der Landesbeauftragte für Politische Bildung verfolgt ein einseitig ausgerichtetes Programm, das in weiten Teilen gemeinsam mit linksgerichteten Organisationen angeboten wird. Damit setzt er die unselige Fokussierung auf eine einseitige Erinnerungskultur und sachfremde Ideologienprojekte wie Gender, Klima oder Massenmigration fort, die in den Schulen Fuß gefasst hat. Die AfD lehnt eine solche Programmatik ab und fordert eine echte Ausgewogenheit in der Politischen Bildung.

Hinter dem Konzept der "Bildung für nachhaltige Entwicklung" verbirgt sich ein umfassendes Umerziehungsprogramm, das von UN-Behörden gesteuert wird. Unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit werden auch soziale Umformungen propagiert, die einer globalen Agenda entspringen. Die AfD befürwortet jede Form echter Nachhaltigkeit, lehnt aber eine Überwölbung der Bildung mit gesellschaftspolitischer Indoktrination ab.

Bauen, Wohnen und Mieten

Präambel

Fehlender Neubau, Landflucht, die zunehmende Zahl der Ein-Personen-Haushalte und die ungezügelte, gesetzeswidrige Zuwanderung führen dazu, dass es im ohnehin angespannten Markt zusehends schwerer wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher müssen im Land marktkonforme Voraussetzungen für bedarfsgerechten Wohnbau geschaffen werden. Wenn Schleswig-Holstein ein Land mit Zukunft sein möchte, muss mehr gebaut werden.

Besonders bei Bau von Straßen ist oft ein nur schleppender Fortschritt zu beobachten. Jeder Tag, an dem eine Baustelle ruht, kostet die Bürger, die durchfahren müssen, viel Zeit und Geld. Die AfD fordert daher einen Mehrschichtbetrieb an den Straßenbaustellen.

Wohnungsbau erleichtern

Das Land und die Gemeinden haben viele Möglichkeiten den Bau von Wohnungen zu erleichtern. Es ist in ihrer Hand, Bauland auszuweisen und die zulässigen Geschossflächenzahlen anzuheben. Durch die Aufstockung können dann auch auf kleiner Fläche viele neue Wohnungen entstehen. Die Baukosten müssen substantiell gesenkt werden, daher sind die Bauvorschriften zu vereinfachen und wirtschaftlich unsinnige Auflagen abzuschaffen, wie Grunderwerbssteuer, Gebühren bei den Ämtern, Gebühren beim Notar, Genehmigungskosten und Abgaben für die Infrastruktur sind insgesamt zu hoch. Statt mit neuen und stets steigenden Forderungen das Bauen zu verteuern, müssen sie verringert oder gestrichen werden, um die Schaffung von Wohnraum zu fördern. Die AfD fordert daher, die Grunderwerbsteuer auf die erste selbstgenutzte Wohnimmobilie ersatzlos zu streichen, ebenso die Grundsteuer. Sie wird von den Gemeinden erhoben, obwohl sie laut Urteil des Verfassungsgerichts verfassungswidrig berechnet wird. Einen Ausgleich an die Gemeinden müsste der Bund leisten.

Schaffung von Wohneigentum erleichtern

Beim Wohneigentum belegt Deutschland einen der hinteren Plätze in Europa. Eine eigene Wohnung befreit den Bürger von der Mietzahlung und verringert die Belastung durch Wohnkosten später im Alter und vermindert damit Altersarmut. Wohneigentum ist ein sozialer Faktor, der vielfach unterschätzt wird. Wohngebiete mit einer hohen Eigentumsquote sind sozial stabil.

Die AfD will die Schaffung von Wohneigentum gezielt fördern: Die Wohnungsunternehmen sollen den Mietern deren Wohnung zum Kauf anbieten. Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von Bauland bevorzugt werden. Insbesondere für junge Familien ist das Erbbaurecht als kostengünstiger Einstieg in das Wohneigentum auszubauen. Wir fordern eine steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie.

Wohnraum bezahlbar machen

Der soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Hohe Fehlbelegungsquoten und regelmäßig aus der Preisbindung herausfallende Wohnungen führen zu Bürokratie und hindern die Verfügbarkeit ursprünglich geförderten Wohnraums. Der soziale Wohnungsbau in seiner aktuellen Form führt zu einer Fehlleitung von Subventionen.

Die AfD fordert daher ein neues Gesamtkonzept mit dem Ziel, Wohnraum in Schleswig-Holstein zu schaffen und die Bezahlbarkeit dieses Wohnraums sicherzustellen. Eine Wohnungspolitik, die für die Minderung von Knappheiten sorgt und dabei soziale Härten vermeiden hilft, ist für die Akzeptanz wohnungspolitischer Maßnahmen von grundlegender Bedeutung. Statt des bunten, teils widersprüchlichen Maßnahmenbündels von Einzelmaßnahmen treten wir für einen Übergang zu einem schlüssigen Gesamtkonzept ein, dessen Kern ein sanftes Auslaufen des sozialen Wohnungsbaus zugunsten einer mittelfristigen Konzentration auf ein Wohngeld bildet.

Einkommensschwache Mieter sind mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Das staatlich zertifizierte Recht auf eine Sozialwohnung (Wohnberechtigungsschein) ist Bewerbern mit einer Aufenthaltsgenehmigung auflösend bedingt an die Verpflichtung zur gesellschaftlichen sowie kulturellen Integration zu erteilen.

Keine staatliche Überregulierung

Die AfD steht für ein ausgewogenes Mietrecht und lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse oder den Mietendeckel ab. Sie haben sich in der Vergangenheit als untauglich erwiesen und führen auf Dauer zu einem Verfall der Bausubstanz, weil Investitionen unterbleiben. Wenn genügend Wohnraum am Markt angeboten wird, reguliert sich die Höhe der Miete von selbst, ein Eingriff des Staates ist unnötig.

Keine unnötigen Belastungen für Wohneigentümer und Mieter

Das sogenannte Energiewende- und Klimaschutzgesetz, das trotz erheblicher Einwände aus Wohnungswirtschaft, Industrie, Handel und Landwirtschaft ab 2022 gilt, stellt eine erhebliche finanzielle Belastung für Wohneigentümer und Mieter dar.

Ab 1. Juli schreibt das Gesetz für neue Wärme- und Kälteanlagen eine Nutzungspflicht von 15 Prozent des jährlichen Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien vor. Beim Einsatz von Biomasse und Geothermie sind es sogar 50 Prozent.

Auch die Pflicht, auf neuen Nichtwohngebäuden sowie auf Großparkplätzen eine Photovoltaik-Anlage zu installieren, ist staatliche Planwirtschaft ohne Rücksicht auf

städtebauliche, bautechnische und ökonomische Standards oder bauliche Voraussetzungen. Eine Überdachung von Großparkplätzen führt zu einer 24stündigen Versiegelung wassergebundener oder wasserdurchlässiger Parkplatzbefestigungen. Regenwasser kann dann nicht mehr natürlich versickern, sondern muss in das Regenwasserleitungssystem abgeführt werden. Das bedeutet einen Rückschritt bei der auszubauenden natürlichen Regenwasserversickerung. Solche und andere Eingriffe in die Selbstbestimmung lehnt die AfD grundsätzlich ab.

Heimische Ressourcen nutzen: Sand und Kies vermehrt in Schleswig-Holstein abbauen

Angeichts des zunehmenden Bedarfs im Straßen- und Wohnungsbau ist es angezeigt, vermehrt Sand und Kies im eigenen Land zu gewinnen. Daher fordert die AfD, dass auch in Landschaftsschutzgebieten der Abbau genehmigt wird, wenn im Nachhinein die Flächen renaturiert werden. Es widerspricht der Vernunft - und der Nachhaltigkeit – Sand, Kies und Steine per Schiff, Bahn und Lkw aus dem Ausland einzuführen, wenn Schleswig-Holstein über eigene reiche Vorkommen dieser Baustoffe verfügt.

Klima, Energie, Technik und Digitalisierung

Den radikalen Umbau der Gesellschaft als Folge der Klimapolitik abwehren

Bundesregierung und Altparteien wollen die CO₂-Emissionen faktisch auf null senken. Damit zwingen sie die Industrie und Gesellschaft zu einem radikalen Umbau, genannt „Die Große Transformation“. Es ist durchaus fraglich, ob sie dazu von den Wählern den Auftrag haben, oder ob sie damit nicht sogar gegen die Wähler operieren. Denn das Vorhaben bedroht unsere Freiheit in einem Ausmaß, das immer beängstigender wird. Die AfD lehnt es deswegen kategorisch ab. Begründet wird der radikale Umbau mit der Behauptung, das Verbrennen von Kohle, Erdöl und Erdgas zum Erzeugen von Strom und Wärme heize mit dem dabei emittierten CO₂ das Erdklima auf. Diese vom Menschen herbeigeführte „Klimakatastrophe“ müsse verhindert und auf Kohle, Erdöl und Erdgas verzichtet werden („Dekarbonisierung“).

Sich einem Klimawandel anpassen, nicht ihn bekämpfen wollen

Das Spurengas CO₂ ist als Voraussetzung allen Lebens unverzichtbar. Der Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen. Globale Erwärmungen hat es in der Erdgeschichte im Wechsel mit kälteren Phasen immer gegeben. Sie nur negativ darzustellen, unterschlägt vorhandenes Wissen. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen beigetragen haben. Kaltzeiten dagegen waren mit Not, Hunger und Kriegen verbunden. Dafür, dass der Mensch, vor allem seine Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich sein soll, gibt es bis heute keinen Beweis, nur Thesen anhand von Computer-Modellen. Ohnehin ist sein Einfluss mit vier Prozent auf das gesamte Welt-CO₂ viel zu gering. Was derzeit als Erwärmung dargestellt wird, liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so, wie es Pflanzen und Tiere auch tun.

CO₂-Zertifikate und CO₂-Besteuerung aufgeben

Das Klima in den verschiedenen Klimazonen der Erde ist das Ergebnis von Naturkräften, die der Mensch nicht maßgeblich beeinflussen kann und denen auch er selbst ausgesetzt ist. Das jeweils herrschende Klima vor steigenden oder sinkenden Temperaturen bewahren zu wollen, liegt nicht in der Macht des Menschen. Daher lehnt die AfD den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Maßnahmen zur Dekarbonisierung ab. Das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 ist zu kündigen. Deutschland muss aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Die AfD fordert, über die Ursachen von Klimaveränderungen und die verheerenden Folgen einer Dekarbonisierung ohne Einschränkungen und Vorgaben öffentlich zu diskutieren. Jegliche Form, die CO₂-Emissionen finanziell zu belasten (Zertifikate, Steuer), ist aufzugeben.

Die exorbitant gestiegenen Preise für Strom, Erdgas und Treibstoffe belasten alle Bürger in Schleswig-Holstein. Die AfD fordert die Abschaffung der Stromsteuer und die Senkung der Mehrwertsteuer für Energie.

Drohende Stromausfälle verhindern

Als Folge der Klimaschutzpolitik ist die Stromversorgung in Deutschland in einer desolaten Situation. Das Risiko eines Stromausfalls („Blackout“) hat eine unvertretbare Größenordnung erreicht. Die sogenannten Erneuerbaren Energien (Strom durch Wind, Sonne, Biogas) bringen naturbedingte Defizite mit sich. Dazu gehören ihre zu geringe Energiedichte, ihre Unzuverlässigkeit und ihre schlechte Regelbarkeit. Dadurch können sie die erforderliche Netzstabilität nicht leisten – im Gegensatz zu Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken. Nur die drei Letztgenannten vermögen es, die Netzfrequenz von 50 Hertz stabil zu halten. Schon bei einer Abweichung von mehr als 0,2 Hertz von dieser Sollfrequenz besteht die Blackout-Gefahr. Doch ausgerechnet diese Kraftwerke wurden und werden abgeschaltet.

Die geplanten neuen Ferntrassen für den Windstrom vom Norden zum Süden Deutschlands dienen nicht dazu, den Süden besser zu versorgen. Fällt nämlich der Wind aus, liefern diese Leitungen nichts. Sie werden nur deswegen gebaut, um den zur falschen Zeit und am falschen Ort produzierten Windstrom fortzuschaffen, falls man durch Stilllegen nicht ohnehin darauf verzichtet, ihn zu produzieren. Sie dürfen nicht weiter gebaut werden.

Von der künstlichen Verteuerung des herkömmlichen Stroms ablassen

EE-Strom ist um ein Vielfaches teurer und nicht bedarfsgerecht verfügbar. Die CO₂-Zertifikate, die man erwerben kann, sollen dem Bürger einen fiktiven Wettbewerb und eine Wirtschaftlichkeit des EE-Stroms vorgaukeln. Tatsächlich aber verknappen sie den Strom aus Kohle, Gas und Kernkraft künstlich und verteuern ihn zusätzlich.

Die Umweltbelastung als Folge des EE-Stroms beenden

Alle drei EE-Strom-Erzeugungsarten richten bei Flora, Fauna und im Landschaftsbild schwere Schäden an. Strom aus Pflanzen-Vergärungsgas („Biogas“) fördert in der Landwirtschaft Monokulturen (Mais), schadet folglich der Fruchtvielfalt im Ackerbau und belastet damit die Umwelt in Feld und Flur. Er entzieht zudem der Versorgung mit Futter- und Lebensmitteln wichtige agrarische Rohstoffe, macht sie knapper und verteuert daher auch die Nahrungsmittel. Pflanzenanbau zur Versorgung mit Energie wollen wir nicht mehr subventionieren. Stattdessen sind die Ackerflächen wieder für den Nahrungsmittelanbau zu nutzen.

Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung 2,5 Kilometer

In Wäldern und Schutzgebieten dürfen keine Wind- und Solaranlagen errichtet werden. Die AfD setzt sich dafür ein, das heimatliche und für Schleswig-Holstein typische Landschaftsbild, unsere Umwelt und unsere Tierwelt zu bewahren. Der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohnungen muss das Zehnfache der Anlagen-Gesamthöhe betragen, mindestens jedoch 2,5 Kilometer. Das Vollstellen der schleswig-holsteinischen Landschaft mit Windkraftanlagen ist für die Bewohner des außerstädtischen, ländlichen Raums eine schwere, teils unerträgliche Belastung, während die Bevölkerung in den Städten das überhaupt nicht wahrnimmt und daher für die Opfer der Anlagen zu wenig Verständnis aufbringt.

Stillgelegte Anlagen vollständig zurückbauen, aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit

Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein, deren Subventionierung nach zwanzig Jahren ausläuft, können weiterhin am Markt teilnehmen, aber ohne Einspeisevorrang und ohne Subventionierung. Anlagen, die nicht weiterbetrieben werden, sind vollständig, also einschließlich der Betonfundamente, zurückzubauen. Die Pläne, nur eine Schicht der Fundamente von 1 bis 2 Metern entfernen zu wollen und damit den Boden weiterhin zu versiegeln, lehnt die AfD ab, ebenso auch die Forderung, trotz der erhaltenen Millionensubventionen auch diesen Rückbau noch aus dem Steuergeld der Bürger bezahlen zu wollen, weil die Betreiber nicht genügend Rücklagen gebildet hätten.

Das Subventionsmonster „Energiewende“ muss weg

Die sogenannte Energiewende ist zu einem gewaltigen Subventionsmonster entartet. Die Stromabnehmer müssen für diese technisch desolate und unwirtschaftliche Politik mit maßlos gestiegenen Strompreisen aufkommen, vor allem die Schleswig-Holsteiner. Für sie ist in Deutschland der Strom am teuersten. Sie zahlen rund 20 Prozent mehr als die Bürger anderer Bundesländer – und dies, obwohl Schleswig-Holstein an Windstrom einen Überschuss hat und ihn an südlichere Bundesländer abliefert. Eigentlich müsste es die günstigsten Strompreise haben. Die hat es aber nicht, weil hier die Netzentgelte am höchsten sind. Mit seinen Stromkosten ist Schleswig-Holstein in Deutschland ohnehin Spitzenreiter. Die AfD will das ändern und setzt sich für eine Energiepolitik der Vernunft ein, wie sie vor der „Energiewende“ üblich war. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wollen wir ersatzlos streichen, das Subventionsmonster muss weg. Eine Verschiebung der EEG-Umlage in den Bundeshaushalt, um dem Bürger einen gesunkenen Strompreis vorzugaukeln, wäre Wählertäuschung. Das Gebäudeenergiegesetz führt zu weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen, und muss daher auch entfallen.

Nein zum „Green Deal“ der EU

Den „Green Deal“ der EU sowie jegliche weitere Form von staatlicher sozialistischer Planwirtschaft lehnen wir ab. Die Energieversorgung eines Industrielandes wie Deutschland muss verlässlich sein, das gelingt nur durch Kohle-, Öl-, Gas- und Kernkraftwerke, allein sie sind grundlast- und regelfähig. Deutschland hat die weltweit saubersten, sichersten und effizientesten Kraftwerke. Sie nach kurzer Laufzeit abzuschalten, ist technisch, ökonomisch und ökologisch verantwortungslos. Daher wollen wir sie weiterbetreiben. Eine komplette Umstellung unserer Energieversorgung auf unzuverlässige „erneuerbare“ Energielieferanten ist technisch wie wirtschaftlich auf absehbare Zeit nicht möglich.

Nord Stream 2 endlich in den Betrieb nehmen

Die AfD unterstützt eine schnelle Inbetriebnahme der Erdgasleitung Nord Stream 2. Durch deren Anbindung an Deutschland erhalten unsere Bürger einen verlässlichen Primärenergieträger zusätzlich.

Kernenergie: Alternativen erforschen

Seit der „Energiewende“ wird die Forschung in Deutschland fast ausschließlich auf alternative Elektrizitätserzeugung beschränkt. Deutschland hat sich von der Weiterentwicklung der Kerntechnik verabschiedet und arbeitet an internationalen Programmen neuer Kernreaktoren nicht mehr mit. Dadurch wird ein wichtiges wirtschaftliches Betätigungsfeld der ausländischen Konkurrenz überlassen. Das gilt auch für den Transmutationsreaktor, mit dessen Hilfe schon benutzte Brennelemente weiter verwendet werden können statt sie zu lagern. Die AfD tritt dafür ein, dass sich deutsche Forscher und Forschungsinstitute an internationalen Programmen zur Entwicklung neuer kerntechnischer Anlagen für die Stromerzeugung beteiligen. Daneben sollen auch andere Formen der Energiegewinnung wie etwa die Kernfusion weiterentwickelt werden.

Sichere Kernkraftwerke bauen

Die Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen aktiven Kernkraftwerke muss sich nach deren Betriebssicherheit, deren technischen Nutzungsdauer und nach ökonomischen Kriterien richten. Sie aus anderen Gründen abzuschalten, lehnen wir ab. Die staatlich vorzeitige Befristung der Laufzeit ist mindestens zu verlängern. Deutsche Kernkraftwerke gehören zu den sichersten der Welt. Das Erforschen und Nutzbarmachen von Techniken, die es nicht mehr erforderlich machen, hochradioaktive Reststoffe sehr lange Zeit zu lagern, ist voranzutreiben. Die „Endlagerfrage“ wird von Kernkraftgegnern politisch aufgebauscht. Die AfD setzt sich für eine offene Forschung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie ein sowie dafür, Kernforschungszentren wieder einzurichten. Auch soll sich Deutschland an internationalen Kernforschungsprojekten umfangreich beteiligen, um das notwendige Wissen zum Bau und Betrieb von Kernreaktoren sicherzustellen und fortschrittliche Reaktorkonzepte zu erforschen. Die AfD tritt dafür ein, sichere neue Kernkraftwerke zu bauen, um eine Energieknappheit für den Industriestandort Deutschland und seine Bürger zu vermeiden.

Als Endlager Gorleben nutzen

Die Suche nach einem anderen Endlager ist nicht notwendig, Gorleben ist funktionsfähig. Ohnehin wird die Menge der Reststoffe durch die neue Reaktortechnik drastisch vermindert. Was heute als „Atom-Müll“ diffamiert wird, kann in modernen Kernkraftwerken weiter genutzt werden. Allein dadurch wäre der Strombedarf in Deutschland über viele Jahrzehnte gesichert.

Raumordnungsverfahren für die Ostküstenleitung

Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein produzieren zeitweilig so viel Strom, dass er abgeregelt werden muss. Dieser Wegwerfstrom wird trotzdem vergütet, so dass die Bürger hohe Preise für etwas bezahlen, das nur den Anlagenbetreibern nützt. Um "Phantomstrom" zu vermeiden, werden im ganzen Land neue Hochspannungsleitungen gebaut, die ihn in andere Regionen transportieren sollen, aber das Landschaftsbild weiter beeinträchtigen.

Daher gibt es auch gegen die geplante 380kV-Höchstspannungsleitung ("Ostküstenleitung") heftigen Widerstand der betroffenen Kommunen. Der Netzbetreiber hat den Trassenverlauf geändert hat, ohne die Bürger zu informieren. Die AfD unterstützt den Bürgerwillen, hier ein Raumordnungsverfahren durchzuführen.

Keine staatliche Planwirtschaft für Wasserstoff

„Grüner“ Wasserstoff soll helfen, die Energiewende zu retten. "Klimaschutz"- und "Energiewende"-Politiker wollen mit dem häufig anfallenden Stromüberschuss elektrolytisch Wasserstoff erzeugen, weil Wasserstoff als Gas besser zu speichern ist als elektrischer Strom in Batterien. Mit Wasserstoff soll dann in Kraftwerken - je nach Bedarf – später wieder Strom produziert werden, wenn Strom aus Wind- und Solarkraftwerken nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Bei dieser Umwandlung gehen mindestens zwei Drittel der Energie verloren.

Wasserstoff ist daher heute um ein Vielfaches teurer als die bewährten fossilen Kraftstoffe Benzin, Diesel, Kerosin, Erdöl, Erdgas. Eine übereilte und nur mit Hilfe massiver Subventionen durchzuführende Umsetzung dieses Plans würde unserer Volkswirtschaft jährliche Mehrkosten von einigen hundert Milliarden Euro aufbürden. Die ausufernden Subventionen klein zu rechnen und damit eine Pseudo-Wirtschaftlichkeit vorzugaukeln, lehnt die AfD ebenso ab wie den staatlichen Druck, Mobilität, Kraft und Wärme komplett auf elektrische Energie umzustellen und damit den Bürgern eine Abhängigkeit von Stromanbietern aufzuzwingen.

Wasserstoff muss sich am Markt bewähren und ist höchstens für den Schiffs- oder Schwerlastverkehr einsetzbar. Um eine echte Technologieoffenheit zu erreichen, müssen auch sogenannte synthetische Kraftstoffe berücksichtigt werden, die umweltschonend aus Erdöl, Gas oder Kohle gewonnen werden. Ihr Einsatz ermöglicht es, die 40 Millionen Pkw mit ihren bewährten Verbrennungsmotoren sowie das bestehende Tankstellennetz weiter zu betreiben - ganz im Sinne der Nachhaltigkeit.

Technischen Fortschritt verantwortungsvoll nutzen, nicht ängstlich behindern

Technischer Fortschritt wird in Deutschland zunehmend nicht mehr als Chance für unser rohstoffarmes Land gesehen, sondern mit Ängsten belastet oder verhindert. Die AfD stellt sich gegen diese Entwicklung und versucht, in Gesellschaft und Parlamenten eine positive Zukunftserwartung zu vermitteln. Nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus haben die Umweltbelastungen seit Jahrzehnten reduziert, sondern technischer Fortschritt und eine auf klaren Regeln basierende Marktwirtschaft. Techniken müssen dem Wohl der Bürger, der Wirtschaft, der Umwelt und auch unserer Heimat zugutekommen. Die Aufgabe der Politik ist darauf beschränkt, nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik einen Ordnungsrahmen zu schaffen. Wie alles ist auch Technik verantwortungsvoll zu nutzen, aber nicht ängstlich zu behindern.

Technischen Fortschritt im freien Wettbewerb ermöglichen

Die AfD tritt für technischen Fortschritt und Technikoffenheit ein. Welche Technik erfunden, entwickelt und eingeführt wird, soll im freien Wettbewerb der Ideen und an freien Märkten geschehen. Ob ein Bedarf für technischen Fortschritt und seine Errungenschaften besteht, ist

dort zu entscheiden. Staatliches Wirken setzt lediglich die Rahmenbedingungen, dieses zu ermöglichen sowie Rechts- und Haftungsfragen zu regeln.

Für das Nutzen der Gentechnik ist ein pragmatischer Ordnungsrahmen zu schaffen. Der Einsatz der Genschere eröffnet Landwirtschaft und Medizin neue Anwendungsgebiete.

Kunststoffe, Abfallbeseitigung, Wiederverwendung

Generelle Verbote von Kunststoffen lehnen wir ab. Vielmehr sollen sie durch organische Alternativen ersetzt, in neue umgewandelt oder zum Erzeugen von Energie verwendet werden. Für Techniken der Abfallbeseitigung und Rohstoffrückgewinnung wollen wir weitere Kompetenzzentren schaffen. Deutschland ist beim umweltgerechten Beseitigen von Abfällen und Wiedergewinnen von Rohstoffen kompetent und schon weit vorangekommen, das Wissen ist weltweit gefragt. Speziell bei den Batterien könnte Deutschland mit wettbewerbsfähigen Techniken zur Wiederaufbereitung einen wichtigen Beitrag leisten.

Digitalisierung als Chance

Die Digitalisierung durchdringt und verändert alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie muss für die Gesellschaft nutzbringend eingesetzt werden und die Grundwerte unseres Gemeinwesens respektieren.

- Als zukunftsorientierte und technikfreundliche Partei tritt die AfD dafür ein, die Digitalisierung am Industriestandort Deutschland weiter zu entwickeln.
- Als freiheitliche Partei wendet sich die AfD gegen jede Anwendung der Digitalisierung, die zu totalitären Strukturen führt oder diese befördert.
- Als Partei zur Wahrung des Rechts will die AfD rechtsstaatliche Prinzipien auch im Bereich der Digitalisierung umgesetzt sehen, besonders in den sozialen Medien.
- Als Bürgerrechtspartei wendet sich die AfD bei der Digitalisierung gegen staatliche Bevormundung und Zensur. Ergänzend möchten wir hier auch den Verbraucherschutz stärken.
- Als liberale und wirtschaftsfreundliche Partei lehnt die AfD überbordende bürokratische Vorgaben bei der Digitalisierung ebenso ab. Sie benachteiligen sonst vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die das Herzstück der Wirtschaft unseres Landes sind.

Den „gläsernen“ Menschen darf es nicht geben

Eine weiter fortschreitende Digitalisierung des Lebensalltags führt immer mehr zum „gläsernen“ Menschen. Einen solchen durchsichtigen Menschen darf es in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft nicht geben. Grundrechte und Meinungsfreiheit haben auch im Internet zu gelten. Kein Bürger, der sich der Digitalisierung in Verwaltung oder Privatwirtschaft entziehen möchte, darf dadurch Nachteile erleiden. Es muss ein Recht auf analoges Leben geben.

Flächendeckender Ausbau von Breitband und Mobilfunk

Internet und Digitalisierung sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Ohne Zugang zu Internet und digitaler Kommunikation ist eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben kaum noch möglich. Die Bürger sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und Kommunikationsnetze angewiesen.

Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite vor allem auf dem Land sowie eine mangelhafte Erreichbarkeit der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Das Internet und soziale Medien prägen das Leben und unser Kommunikationsverhalten.

Viele Unternehmen vollziehen Anstrengungen zur Digitalisierung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu aber brauchen sie endlich die passenden schnellen Netze. Die AfD wird die immer noch vorhandenen zahlreichen Löcher in der Abdeckung unseres Mobilfunknetzes zügig schließen und einen modernen Funkstandard realisieren.

Außerdem werden wir eine flächendeckende leistungsstarke Breitbandversorgung mit mindestens LTE-Standard bis 2025 umsetzen, um allen Menschen in Schleswig-Holstein schnellstmöglich eine Teilhabe an der digitalen Welt zu ermöglichen.

Digitale Verwaltung

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet dazu, bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anzubieten. Durch die Digitalisierung der Bauanträge sind die Voraussetzungen geschaffen, die Bearbeitungszeit deutlich zu verringern.

Wir setzen uns dafür ein, digitale Verwaltungsprozesse zu vereinheitlichen. Durch die optimierten Prozesse kann die Verwaltung dem Bürger eine gleichwertige, niederschwellige und persönliche Kontaktaufnahme ermöglichen.

Hohe Standards für digitale Schulausstattung

Die Modernisierung der Schulen scheitert oftmals an den unklaren Vorgaben und der Fördermittelpraxis. Die Verantwortung wird den Schulen zugeschoben. Wir fordern einen einheitlich hohen technischen Standard aller Klassenräume. Er ist verbindlich umzusetzen und vollständig durch den Fördermittelgeber zu tragen.

Datenschutz stärken

Anders als Internetkonzerne trifft die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) kleine und mittelständische Unternehmen sowie Vereine besonders hart. Teure Berater können sie sich nicht leisten, weshalb immer wieder Rechtsunsicherheiten entstehen.

Über seine personenbezogenen Daten, deren Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung muss jeder Bürger selbst entscheiden können. Wir setzen uns dafür ein, das Datenschutzrecht zu vereinfachen.

Mobilität und Infrastruktur

Präambel

Die Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft orientieren. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt, diskriminiert oder abschaffen will, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit des Bürgers, seine Verkehrsmittel selbst wählen zu können. Nicht alle Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen kann ein Bundesland im Alleingang leisten, aber es kann die Gestaltung erheblich beeinflussen.

Die AfD setzt sich dafür ein, eine weitere Infrastruktur, über die das Land weitgehend selbst entscheiden kann, zu pflegen: Die bürgernahe Verwaltung mit den Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen vor Ort wollen wir stärken, soweit kein überörtlicher Bedarf zur Koordinierung mit anderen Einheiten besteht. Bestehende dezentrale Ämter sollen daher erhalten bleiben, das kommunale Recht der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung soll nicht durch Gesetze oder andere Maßnahmen geschmälert werden.

Stärkung des ländlichen Raums

Die AfD will die ländlichen Regionen stärken, sie sind Teil der historisch gewachsenen Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins. Mit gesunden Strukturen in den Dörfern und den kleinen Ortschaften, intakter bäuerlicher Landwirtschaft, einer mittelständischen Wirtschaft und einer ausreichenden gesellschaftlichen Infrastruktur, wie Schulen, Ortsverwaltungen, Arztpraxen und öffentlichen Verkehrsmitteln, wollen wir die Attraktivität zu erhalten helfen.

Verkehrswege ausbauen und erhalten

Für eine prosperierende Wirtschaft in unserem Land ist eine intakte Infrastruktur der Verkehrswege Voraussetzung. Hierfür besonders wichtig sind neben einem leistungsfähigen Schienennetz grundlegend instandgesetzte und gut ausgebaute Straßen sowie - nicht zuletzt für Schleswig-Holstein - ein gut funktionierender Nord-Ostsee-Kanal. Die feste Querung des Fehmarnbelts wird uns mit den skandinavischen Ländern besser verbinden und neue Ansiedlungen von Gewerbe im Hinterland ermöglichen.

Der Zustand unserer Landes- und Kreisstraßen hat sich über Jahre hinweg immer weiter verschlechtert. Besonders beim Bau von Straßen ist oft ein nur schleppender Fortschritt zu beobachten. Jeder Tag, an dem eine Baustelle ruht, kostet die Bürger, die durchfahren müssen, viel Zeit und Geld. Die AfD fordert daher einen Mehrschichtbetrieb an den Straßenbaustellen. Dabei sind die Einnahmen aus dem Straßenwesen mehr als ausreichend, sie müssten nur dem Straßenbau zugutekommen.

A20-Weiterbau vorantreiben

Seit Jahren werden die Ost-West-Verbindungen auf Schiene und Straße vernachlässigt. Der Weiterbau der A20 und neue Umgehungsstraßen würden die Bürger unseres Landes vom hohen Verkehrsaufkommen innerorts entlasten.

Solange die Weiterführung der A20 nach Niedersachsen von Naturschutzverbänden und ihren politischen Verbündeten unnötig verhindert wird, müssen den Bürgern verlässliche Fahrverbindungen über die Elbe zur Verfügung stehen. Die Behauptung, dass mehr Straßen mehr Verkehr bringen, trifft nicht zu. Durch einen großräumigen Ausbau von Umgehungsstraßen entspannt sich vielmehr der innerörtliche Straßenverkehr. Durch einen mehrspurigen Ausbau unserer überregionalen Landstraßen wird zudem die Verkehrssicherheit erhöht. Umgehungsstraßen und Autobahnanschlüsse sind ein Anreiz für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Wohnortnahe Arbeitsplätze entstehen und sichern den Gemeinden Steuereinnahmen.

Verkehrspolitik an den Bürgerbedürfnissen ausrichten

In einem Land wie Schleswig-Holstein mit seiner dünnen Besiedelung sind die Bürger auf eine individuelle Mobilität angewiesen, die auch bezahlbar sein muss. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen, wie etwa Dieselfahrverbote, lehnt die AfD als unangemessen ab. Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund des

Fehlverhaltens Einzelner sind übertrieben. Grundsätzlich vertraut die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger. Sie setzt sich daher auch dafür ein, dass Bürger selbst entscheiden können, wie schnell sie fahren, sie lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab.

Die Bürger frei entscheiden lassen

Die Elektromobilität einseitig zu begünstigen, ist sofort zu stoppen. Viel zu viele Fakten sprechen dagegen, dass diese Technik in Zukunft der Mehrheit der Autofahrer dienen könnte. Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen, etwa das Elektroauto, abgelöst wird oder mit technischen Neuerungen weiter existiert, ist im Wettbewerb am freien Markt zu entscheiden und nicht durch eine Verbotspolitik der EU. Wirtschaftliche und verbraucherfreundliche Fahrzeuge müssen nicht subventioniert werden. Sie setzen sich am Markt selbständig durch.

Schienennetz ausbauen

Die Alternative für Deutschland setzt sich generell für einen Ausbau des Schienennetzes ein. Bei der Elektrifizierung der Strecken ist Schleswig-Holstein in Deutschland das Schlusslicht. Die AfD setzt sich hier für eine Änderung ein. In vielen Bereichen, besonders im Lastverkehr, kann der Verkehr von der Straße auf die Schiene und Wasserwege verlagert werden. Um für Pendler die Bahn attraktiv zu machen, sind schnelle und in kurzem Takt verkehrende Züge notwendig. Aus diesem Grunde unterstützt die AfD die Elektrifizierung der Marschbahn, die Reaktivierung der Bäderbahn in Ostholstein von „Hein Schönberg“ (Kiel - Schönberger Strand), den Ausbau der S4 und der S21 und fordert eine neue Bahnstrecke zwischen Elmshorn und Itzehoe.

Hafenwirtschaft

Zur Förderung der Energieunabhängigkeit Deutschlands setzt sich die AfD dafür ein, den Hafen Brunsbüttel zum führenden LNG-Hafen auszubauen. Brunsbüttel soll auch langfristig der Container-Feeder-Hafen in Norddeutschland werden.

Radwege ausbauen

Um den Radtourismus in Schleswig-Holstein zu fördern, fordert die AfD die Sanierung und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes. Die Radwege müssen so geplant werden, dass sie auch an Schulen vorbeiführen und den Schülern einen sicheren Schulweg bieten.

Innere Sicherheit

Präambel:

Die Innere Sicherheit zu gewähren, ist eine Kernaufgabe des Staates. Sie garantiert ein friedliches Zusammenleben der Menschen in einer offenen und freien Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für unsere Freiheit, für Wohlstand und Demokratie. Wir wollen den Rechtsstaat stärken und dem Recht wieder Geltung verschaffen. Unsere Bürger müssen sich auf das Recht verlassen können. Staatliche Organe und Institutionen sind einzig dem Rechtsstaat verpflichtet und müssen frei von politischer Einflussnahme ihre Aufgaben erfüllen können.

Justiz als Dritte Gewalt im Staate stärken

Mittelfristig muss die Unabhängigkeit der dritten Gewalt durch eine echte Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es überwiegend in den anderen europäischen Ländern bereits der Fall ist. Der Richterberuf ist kein Karriereberuf. Das Justizministerium soll für eine Übergangszeit nur noch für die justiziellen Rahmenbedingungen zuständig sein.

Das Landesrichtergesetz muss entsprechend modernisiert, der Vorstoß der Landesregierung vom Ende letzten Jahres zur Abkehr von dem Prinzip der Bestenauslese im Richterwahlauschuss strikt zurückgewiesen werden. Schleswig-Holstein liegt mit seinem Richterwahlauschuss bundesweit maßstabgebend an der Spitze.

Die Personalhoheit und die Budgethoheit sollen auf einen autonomen Justizverwaltungsrat übergehen, dessen Mitglieder aus der Richterschaft auf Zeit gewählt werden. Der Justizverwaltungsrat soll für die Haushaltsberatungen mit eigenen Kompetenzen ausgestattet werden. Die Direktoren und die Gerichtspräsidenten sollen von den Mitgliedern des Gerichtes für eine Amtsperiode mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl gewählt werden.

Die Zuständigkeit der schleswig-holsteinischen Gerichte muss auf ihre Kernaufgaben zurückgeführt und die Präsidien von überflüssigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Wir setzen uns für sehr gut ausgestattete, unabhängige Gerichte und leistungsfähige Staatsanwaltschaften ein. Der Modernisierungstau muss aufgelöst, digitale Arbeitsumgebungen geschaffen und die bereits beschlossene Einführung der digitalen Gerichtsakte auf diesem Wege abgesichert werden.

Die echte Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften muss hergestellt und die politische Weisungsabhängigkeit abgeschafft werden. Deutschland liegt hier gemeinsam mit Österreich an letzter Stelle innerhalb der EU und muss insoweit dringend seine Hausaufgaben machen, um einem drohenden Vertragsverletzungsverfahren der EU zuvorzukommen. Der Gesetzentwurf der Bundesjustizministerin weist insoweit in die richtige Richtung.

Strafjustiz verbessern

Die AfD setzt sich für eine schnelle Verbesserung der Justizorganisation, für eine Stärkung unseres Rechtssystems und für einen effektiven Rechtsschutz der Bürger ein.

Im Einzelnen wollen wir die Verfahren beschleunigen und dafür die noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Strafprozessordnung modernisieren. Dass Schwerkriminelle freigelassen werden müssen, weil ein Prozess nicht innerhalb der Frist eröffnet wird, ist eine Bankrotterklärung. Wir wollen mehr Personal für das Justizwesen einstellen, dort insbesondere für den wachmeisterlichen Dienst, die Schwerekriminalität durch Erleichterung der Inhaftnahme wirkungsvoller bekämpfen, weniger Strafen zur Bewährung aussetzen und das Mindeststrafmaß bei „Messerdelikten“ erhöhen.

Reform der Polizei

Die Polizeibeamten des Landes Schleswig-Holstein gewährleisten die öffentliche Sicherheit unter großem persönlichem Einsatz und oftmals unter erheblichen Gefahren für Leib und Leben. Arbeitsverdichtung bei gleichzeitigem Personalmangel, sozial- und familienunfreundliche Strukturen sowie fehlende Berufsperspektiven tragen zu wachsendem Unmut in der Landespolizei bei.

Die AfD fordert für Polizei Hilfs- und Rettungsdienste eine angemessene Vergütung mit Gefährdungszulagen sowie weiteren Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze. Wir setzen uns für eine verbesserte Absicherung der Beamten bei Dienstunfähigkeit und Haftungsansprüchen ein. Die Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall eines Beamten werden wir auf den Weg bringen. Die AfD wird sich für verbesserte berufliche Perspektiven und eine familienfreundliche Flexibilisierung der dienstlichen Strukturen in der Landespolizei einsetzen.

Der bisherige Personalzuwachs in der Landespolizei greift zu kurz und kommt nicht in der Öffentlichkeit an. Wir werden uns für einen spürbaren Zuwachs an Polizeibeamten einsetzen, um den wachsenden Anforderungen der öffentlichen Sicherheit gerecht zu werden und die Arbeitsbelastung auf mehr Schultern zu verteilen. Parkanlagen, Bahnhöfe oder öffentliche Plätze, die in den Abendstunden zu Kriminalitätsschwerpunkten und von Ausländern dominierten No-Go-Areas werden, sind nicht zu tolerieren. Für die Bürger muss erkennbar sein, dass die Sicherheit in den Händen einer handlungssicheren Polizei liegt, die zu jeder Zeit bürgernah und Teil des öffentlichen Lebens ist. Die lange geforderte Aufstellung einer zweiten Einsatzhundertschaft wird unser Ziel sein.

Verfassungsschutz reformieren

Unsere Demokratie lebt von einer lebendigen Streitkultur mit einer Vielfalt an Meinungen. Der Verfassungsschutz sieht sich Bestrebungen und einer politischen Einflussnahme ausgesetzt, in einem Klima der Kriminalisierung regierungskritischer Meinungen instrumentalisiert zu werden. Die Verfassung schützen heißt die Chancengleichheit aller demokratischen Parteien sicherstellen. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes ein, um diesen als vertrauenswürdige und wichtige Institution der inneren Sicherheit neu aufzustellen.

Fahndungsmöglichkeiten verbessern

Zur Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten sollen die Polizeibehörden an neuralgischen Plätzen und Gebäuden eine Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware einsetzen können. Bei der Fahndung nach unbekannten Tätern muss es erlaubt werden, vorhandenes DNS-Spurenmaterial auch auf biogeografische Merkmale der gesuchten Person untersuchen zu lassen, um zielgerichtete Maßnahmen zu ermöglichen.

Jugendstrafrecht reformieren und konsequent anwenden

Die Sicherheitslage verschärft sich in Ballungsräumen und urbanen Lebensräumen zusehends, wobei die Jugendkriminalität, und hier insbesondere die Gewaltkriminalität, eine herausragende Rolle spielt. Während das Jugendstrafrecht bei Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zusätzlich zur Bestrafung erzieherisch wirken soll, führt es in der allgemein als „zahnlos“ und „Kuscheljustiz“ empfundenen Anwendung bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren zum Verlust von präventiven und repressiven Wirkungen - und in der Folge zu noch mehr Kriminalität.

Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen, das Jugendstrafrecht ausschließlich für jugendliche Straftäter zwischen 14 und 18 Jahren anzuwenden und den Begriff des „Heranwachsenden“ aus der Zuordnung zum Jugendstrafrecht herauszunehmen. Jugendliche Straftäter müssen die Konsequenzen ihrer Taten in schneller als bisher abgeschlossenen Strafverfahren unmittelbar spüren. Bei Mehrfach- und Intensivtätern ist das Jugendstrafrecht konsequent und beschleunigt anzuwenden, Freiheitsstrafen müssen dann die Regel

und nicht die Ausnahme darstellen. Dafür werden wir die Justizbehörden technisch besser ausstatten und einen Personalzuwachs gewährleisten.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die Organisierte Kriminalität wollen wir entschieden und nachhaltig bekämpfen. Durch kriminelle Aktivitäten erworbene Vermögen müssen eingezogen werden. Die schon bestehenden rechtlichen Instrumente dafür müssen besser genutzt und weiterentwickelt werden. Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer.

Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität

Ausländer sind in der Kriminalstatistik im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil nicht selten überrepräsentiert. Wir setzen uns für eine Reform der Erfassung der von Ausländern begangenen Straftaten sowie deren Opfer ein, die ein realistisches Bild über die tatsächliche Kriminalitätslage ermöglicht. Wir fordern umfassende Angaben zu Tätern, Opfern sowie sozialen und kulturellen Zusammenhängen, um der Öffentlichkeit eine realistische Bewertung der Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit Migration zu ermöglichen. Unsere Ziele sind dabei die wirksame Bekämpfung sowie eine vorausschauende Prävention von Ausländerkriminalität.

Ausländische Kriminelle können sich sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und auf diese Weise in Lande bleiben. Wir fordern daher die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität.

Durch die Abschaffung des einklagbaren Anspruchs ist die Einbürgerung Krimineller zu verhindern. Bei schwerer Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach der Einbürgerung, etwa durch Mitwirkung in Terrororganisationen oder bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans, ist die Einbürgerung zurückzunehmen.

Abschiebungsverfahren verbessern

Auch hier setzen wir uns für eine grundlegende Reform der Verfahrensordnungen ein. Wir wollen eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte für das Asylverfahren insgesamt erreichen. Nach dem Abschluss des Asylverfahrens sind die Ausländerbehörden für die abgelehnten Asylbewerber zuständig, die der Ausreisepflicht unterliegen. Aber die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte muss bei diesen verbleiben, bis der ausreisepflichtige Asylbewerber das Land verlassen hat, und nicht wie bisher in die Zuständigkeit der Amtsgerichte überwechseln.

Linksextremismus nicht verharmlosen, sondern wirksam bekämpfen

Die AfD lehnt jedwede Form des Extremismus ab. Extremistische Bestrebungen, seien diese politisch, kulturell oder konfessionell motiviert, gefährden unsere Demokratie und müssen mit den Mitteln des Rechtsstaats entschieden bekämpft werden. Der Linksextremismus überschreitet dabei zunehmend die Schwelle zum Linksterrorismus und stellt eine wachsende Bedrohung dar. Wir werden verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen den Linksextremismus unternehmen.

Die Verharmlosung der politisch linksmotivierten Kriminalität als Aktivismus wollen wir beenden und die Einflussnahme linksextremer Gruppen auf gesellschaftspolitische Initiativen im Bereich des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes offenlegen und unterbinden. Wir fordern die Wiedereinführung einer verbindlichen Extremismus-Klausel, an die eine Gewährung staatlicher Fördergelder gekoppelt wird.

Darüber hinaus fordern wir das Verbot der linksextremistischen Plattform „Indymedia“. Gewalt-tätige und -unterstützende linksextremistische und autonome Gruppen, die der sogenannten Antifa zuzuordnen sind, sind als terroristische Vereinigung einzustufen. Wir werden Sicherheits- und Justizbehörden personell und technisch in die Lage versetzen, im Kampf gegen den politischen Extremismus frei von politischen Einflussnahmen Recht und Gesetz wirksam durchzusetzen.

Sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornographie bekämpfen

Der sexuelle Missbrauch von Kindern und die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie gehören zu den schlimmsten Dingen, die Kinderseelen angetan werden können. Auch in Schleswig-Holstein ist dieses Kriminalitätsphänomen schreckliche Realität. Wir setzen uns für einen verstärkten Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern und der Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie ein. Die Strafverfolgungsbehörden wollen wir personell und technisch besser ausstatten, um wirksam gegen die Täter vorgehen zu können.

Verschärfung des Waffenrechts zurücknehmen

Die AfD lehnt die EU-Feuerwaffenrichtlinie weiterhin ab. Diese hat vorgeblich zur Terrorismusbekämpfung zu einer maßlosen Verschärfung des deutschen Waffenrechts geführt, obwohl die Mehrheit terroristischer Anschläge und der Schusswaffenkriminalität mit illegalen Waffen geschieht und insofern nicht durch die Verschärfung des Waffenrechts erreicht werden kann.

In Schleswig-Holstein werden dadurch etwa 38.000 Legalwaffenbesitzer, darunter mehrheitlich Jäger und Sportschützen, aber auch Schützenvereine und staatlich geprüfte Waffensachverständigen unter Generalverdacht gestellt. Wir stehen an der Seite der gesetzestreuen Legalwaffenbesitzer und setzen uns auf Bundesebene für eine Rücknahme der waffenrechtlichen Verschärfungen ein.

Migration, Asyl und Integration

Präambel

Seit Jahren steigen weltweit die Flüchtlingszahlen, Hauptgründe sind die Flucht vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung. Das enorme Bevölkerungswachstum auf dem afrikanischen Kontinent spielt dabei eine weitere maßgeblich Rolle. Da dies mit Armut und dem Kampf ums tägliche Überleben verbunden ist, wächst der Migrationsdruck auf Europa und Deutschland in besonderer Weise.

Entgegen der Intention des UN-Migrationspakts kann dieses globale Problem nicht durch Migration gelöst werden. Selbst kleinere Teile dieser Entwicklung, die sich in Hunderttausenden von Menschen ausdrücken lassen, können weder ökonomisch noch sozial- und integrationspolitisch in unserem Land aufgefangen werden. Deutschland würde so destabilisiert werden, ohne dass ein wirkungsvoller Beitrag zur Lösung des globalen Problems geleistet wird. Die AfD lehnt den UN- Migrationspakt, die Mitgliedschaft Deutschlands in diesem, sowie jegliche Umsetzung seiner Bestimmungen in Deutschland mit aller Entschiedenheit ab.

Das Grundgesetz schützt die nationale Identität unseres Volkes. Der Vertrag der Europäischen Union wahrt die Vielfalt der Kulturen und die Traditionen der Völker Europas. Und auch wir setzen uns für den Erhalt der nationalen und regionalen Identität der Bürger Schleswig-Holstein ein. Ein besonderes Problem stellt dabei die Zuwanderung von Menschen muslimischen Glaubens dar. Ihr persönlicher Glaube ist zu respektieren. Mit Blick auf die historisch gewachsene Identität unseres Landes gehört der nicht säkularisierte Islam jedoch nicht zu Deutschland. Sein an der Scharia orientierter Herrschaftsanspruch ist mit unserer freiheitlichen Kultur und Rechtsprechung nicht vereinbar.

Wir stehen für eine Migrationspolitik, die den Schutz und den Erhalt unserer Heimat gewährleistet und unserem Land von Nutzen ist. Wir wollen Migration dann, wenn diese unseren Bürgern und unserem Land dient, dem Rechtsstaat Geltung verschafft und wirklich verfolgten Menschen Schutz bietet.

Asylmoratorium

Deutschland ist weit davon entfernt, die negativen Auswirkungen der offenen Grenzen von 2015 bewältigen zu können. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und sexuelle Gewalt sind Folgen dieser Migrationswelle. Wir müssen verhindern, dass sich der Kontrollverlust von 2015 wiederholt. Dazu braucht es jetzt ein Asylmoratorium, das Raum für einen Übergang zum Null-Asyl-Modell nach dänischem Vorbild schafft. Echten Flüchtlingen muss möglichst in ihrer Heimatregion geholfen werden. Wir müssen zuerst an die Sicherheit der deutschen Bürger denken. Das Asylrecht muss daher ausgesetzt, die Grenzen müssen geschützt und Migranten ohne Einreiseerlaubnis zurückgewiesen werden.

Zuwanderung mit Perspektive statt grenzenloser Migration

Schleswig-Holstein ist im Begriff, beträchtliche Teile seiner finanziellen Ressourcen sowie die Kontrolle über sein gesellschaftliches Leben und Gefüge an Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen, besonders an Zuwanderer aus islamischen Ländern, zu überantworten. Dieser Trend ist durch eine strikte Beschränkung weiterer Zuwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aus den Armenhäusern dieser Welt zu beenden, um einer kulturellen Überfremdung, einem zunehmenden Einfluss des Politischen Islam zu begegnen und um den inneren Frieden durch die Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften nicht zu gefährden.

Einen Rechtsanspruch auf Einwanderung lehnen wir ab. Ungeregelte Migration und fehlende Grenzsicherung überfordern unsere sozialen Sicherungssysteme und gefährden die kulturelle Integrität unseres Landes und den sozialen Frieden.

Die AfD steht für ein modernes Einwanderungsrecht, das sich an den wirtschaftlichen, bildungsökonomischen und demographischen Bedarfen des Landes ausrichtet. Auch Schleswig-Holstein braucht Fachkräfte und kann hochqualifizierten Menschen eine Heimat bieten, die den Anforderungen an beruflicher Qualifikation, guten Sprachkenntnissen und einem klaren Bekenntnis zur kulturellen Identität unseres Landes entsprechen.

Kindergeld für ausländische EU-Bürger

Nach gegenwärtiger Rechtslage wird den Kindern von EU-Ausländern in Deutschland ein Kindergeldanspruch gewährt, der sich an den Lebenshaltungskosten in Deutschland bemisst. Die AfD fordert, hier dem Beispiel Österreichs zu folgen und die Bemessung des Kindergeldes die Lebenshaltungskosten des Aufenthaltslandes des Kindes auszurichten.

Asylrecht und Schutz konsequent anwenden

Während die Landesregierung Asyl, Flucht mit Wirtschaftsmigration vermengt, fordern wir die Rückkehr zu einer trennscharfen Unterscheidung in der Migrationsbewegung. Wir wollen qualifizierte Zuwanderung und im Sinne des Grundgesetzes wirklich verfolgten Menschen Schutz bieten. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme durch die Hintertür des Asylrechts lehnen wir ab.

Unter dem Begriff des „subsidiären Schutzes“ werden derzeit tausende ausreisepflichtiger Ausländer in unserem Land mit einem Duldungsstatus versehen, der zunehmend eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus nach sich zieht. Die Praxis der fortgesetzten Erteilung von Duldungstiteln werden wir beenden, in dem wir die gesetzlichen Grundlagen dazu abschaffen.

Ein gewährter Flüchtlingsschutz ist immer nur auf Zeit angelegt und kann keinen dauerhaften Aufenthalt begründen. Eine regelmäßige Überprüfung der Situation in den Herkunftsländern hat regelmäßig zu erfolgen, und die Rückführung ist umzusetzen, sobald die Rückkehr in die Heimatländer möglich ist.

Wer das Asylrecht ernst nimmt, muss auch den Aufenthalt von Ausländern beenden, wenn das Aufenthaltsrecht nicht mehr besteht. Wir wollen die freiwillige Rückkehr in die Heimatländer unterstützen, und den schutzbegründeten Aufenthalt zur beruflichen Qualifizierung des Ausländers für den Wiederaufbau in den Heimatländern nutzen. Den Aufenthalt werden wir konsequent beenden, wo die Freiwilligkeit nicht erkennbar ist. Ausreisegewahrsam und Abschiebhaft bei kriminellen oder gefährlichen Ausländern werden konsequent umgesetzt, vorhandene Abschiebeinrichtungen bei Bedarf erweitert.

Asylmissbrauch stoppen

Ausländer- und Sicherheitsbehörden müssen technisch und personell in die Lage versetzt werden, Mehrfachidentitäten schnell zu entdecken und auflösen zu können. Täuschungen und Falschangaben im Asylverfahren oder bei Einbürgerungen müssen eine sofortige Ablehnung und die Beendigung des Aufenthaltes zur Folge haben.

Unbegleitete minderjährige Asylbewerber müssen regelmäßig einer qualifizierten und rechtssicheren Altersfeststellung verbindlich unterzogen werden. Familienzusammenhänge müssen belegt werden, das Vorschicken von minderjährigen Flüchtlingen als sogenannte „Ankerkinder“ wollen wir unterbinden.

Reisen anerkannte Flüchtlinge - etwa aus Urlaubsgründen - in ihre Herkunftsländer, so muss dieses eine sofortigen Aberkennung des Fluchtgrundes und die Aufenthaltsbeendigung zur Folge haben.

Der Klageweg im Asylverfahren ist auf eine Instanz zu begrenzen, Prozesskosten sollen nur bei Aussicht auf eine positive Entscheidung übernommen werden. Wir wollen so eine Verkürzung der Asylverfahrensdauer erwirken.

Fehlanreize für Migration beenden

Hauptgrund für Wirtschaftsmigration ist der finanzielle Anreiz eines unzureichend regulierten Asylsystems in Deutschland. Die AfD fordert die Ausweitung von Sachleistungen für Asylbewerber anstelle einer finanziellen Ausstattung, sowie die unentgeltliche Beschäftigung in den Gemeinschaftsunterkünften. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist zu reformieren, Asylbewerber sind an ihrer Versorgung finanziell zu beteiligen. Familienzusammenführungen mit unbegleiteten, minderjährigen Ausländern sind in sicheren Drittstaaten zu gewährleisten.

Die AfD spricht sich gegen Seebrücken-Initiativen oder die selbst ernannten „Sicheren Häfen“ aus. Wie die von Flüchtlings-NGOs und Kirchen betriebene „Seenotrettung“ fördern diese illegale Schlepperei und locken noch mehr Menschen auf die gefährlichen Routen über das Mittelmeer nach Europa. Diesen als „Pull Faktor“ bekannten Anreiz wollen wir unterbinden und so Leben retten.

Kein Kirchenasyl bei rechtsgültig entschiedenen Abschiebungen

In Deutschland nehmen immer mehr Kirchengemeinden Asylbewerber auf, um deren Abschiebung zu verhindern und eine Wiederaufnahme ihres Verfahrens zu erreichen. Die Kirche ist kein rechtsfreier Raum und im rechtlichen Sinn gibt es kein Kirchenasyl. Die AfD wird das Kirchenasyl nicht weiter dulden, da es sich um eine Missachtung des verfassungsmäßig verankerten Prinzips der Trennung von Staat und Kirche handelt.

Bürger sollen über Flüchtlingsunterkünfte entscheiden

Eine Asylpolitik über die Köpfe der Bürger hinweg lehnen wir ab. Gegenwärtig werden die Bürger von den Kommunen ohne vorherige Konsultation mit der einschneidenden Maßnahme zur Unterbringung von großen Anzahlen an Flüchtlingen konfrontiert. Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass Errichtungen von Gemeinschaftsunterkünften und Bauprojekte zur Unterbringung von Flüchtlingen den Bürgern der Kommunen, in den Städten und Stadtteilen zur Entscheidung vorgelegt und ihre Durchführung von dieser Entscheidung abhängig gemacht werden.

Integration ist eine Bringschuld

Bei der Integration sehen wir die Zuwanderer und die Personen, denen wir einen vorübergehenden Schutz gewähren, in der Pflicht. Integration gelingt nur, wenn die Regeln, Traditionen und Werte unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Unverzichtbar ist der Erwerb der deutschen Sprache. Staatliche Integrationsmaßnahmen sind vom Aufenthaltsstatus abhängig, Ausländer ohne Aufenthaltsperspektive haben keinen Anspruch auf umfassende Integrationsmaßnahmen.

Bevorzugungen oder Quotierungen für Ausländer bei Ausbildung oder Einstellung in den öffentlichen Dienst, etwa durch Abstriche in den Anforderungen, erachten wir als Missachtung des Leistungsprinzips und lehnen dies an.

Wir wollen, dass das Kopftuch als religiöses oder politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen wird. Dies betrachten wir als eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende Integration. Das Kopftuchverbot trägt zur Wahrung des Schulfriedens bei und ermöglicht jungen Mädchen eine freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung.

Rückkehr zum Abstammungsprinzip und Einbürgerung

Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahr 2000 galt.

Die deutsche Staatsangehörigkeit kann nur am Ende einer erwiesenermaßen erfolgreichen Integration stehen. Die Anforderungen - besonders auch in zeitlicher Hinsicht - für eine Ermessenseinbürgerung müssen erheblich steigen, ein Anspruch auf Einbürgerung darf es nicht mehr geben. Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen können.

Wirtschaft

Wirtschafts- und Innovationspolitik für Schleswig-Holstein

Ein Land wie Schleswig-Holstein ist in das Geflecht der wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland und Europa eingebunden. Aber es hat auch Bewegungsspielraum, um die heimische Wirtschaft florieren zu lassen.

Die AfD steht für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, um den Wohlstand zu sichern und für alle Bürger zu mehren: Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit und eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung sind elementare Bestandteile einer freiheitlichen und prosperierenden bürgerlichen Gesellschaft. Diese wollen wir erhalten, jedoch Fehlentwicklungen korrigieren. Politisch initiierte Umbrüche wie eine „Klimaretterung“ fordern enorme Investitionen und Umstrukturierungen und treffen manche Branchen hart. So wird der Kern der Wirtschaft geschwächt. Die deutsche Volkswirtschaft ist exportorientiert und von internationaler Arbeitsteilung abhängig. Die AfD will deshalb die Wirtschaft im Lande auf einen normalen Entwicklungspfad zurückführen.

Den Mittelstand schützen

Der Mittelstand in Schleswig-Holstein stellt mit seinen vielen kleinen und mittleren Unternehmen, seinen Handwerkern, Gewerbetreibenden, Landwirten und Tourismusbetrieben nicht nur einen Großteil der Arbeitsplätze bereit, er bildet auch mit seiner Flexibilität und seinem Ideenreichtum einen Stabilitätsanker für unsere Wirtschaft. Dies schafft er oft ohne staatliche Subventionen und Steuererleichterungen. Er verkraftet aber eine Doppelbelastung durch politisch initiierte Strukturbrüche und pandemiebedingte Einschränkungen nicht. Die AfD sieht es als ihre Aufgabe an, diese erfolgreiche Struktur in Schleswig-Holstein vor ideologisch begründeten Übergriffen zu schützen.

Technologieführerschaft

Der deutsche Erfindergeist ist legendär. Heute sind Erfinder aber mobil und wandern aus, wenn sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Unterstützung und die Geldgeber finden, die sie zum Aufbau eines Unternehmens benötigen. Einmal entstanden, wollen wir diese im Land halten. Die AfD will mit einem Ansiedlungs- und Entwicklungsplan Schleswig-Holstein zu einem attraktiven Standort für Technologie- und Dienstleistungsunternehmen machen.

- Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung verstärkt auf MINT-Fächer ausrichten,
- Selbständigkeit und Erfindergeist fördern und damit die Dynamik kleiner innovativer Einheiten nutzen.
- Ein aktives Ansiedlungs- und Bleibemanagement für Unternehmen schaffen.
- die Rahmenbedingungen für Investitionen im Inland verbessern,
- die Infrastruktur auf einen zeitgemäßen Stand bringen,
- Staatseingriffe in den Energiemarkt beenden, damit der Wirtschaftsstandort nicht durch unsichere Stromversorgung gefährdet wird.
- Bürokratie abbauen und Planungen beschleunigen.

Gründergeist stärken

Wachstum und Fortschritt sind nicht selbstverständlich. Neugründungen sind Merkmal einer Wirtschaft und Gesellschaft, die sich nach vorne entwickeln. Immer mehr Menschen sehen in der Selbstständigkeit das Erlangen von Freiheit und Wohlstand. Gerade junge Menschen, die nah an der technischen Entwicklung sind, möchten durch innovative Unternehmensgründungen Unabhängigkeit erlangen und mit ihren „Start-Ups“ dem Markt und der Gesellschaft einen Mehrwert erbringen. Das Gründungsklima in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Zur langfristigen Etablierung einer attraktiven Gründerlandschaft sind jedoch weitere Maßnahmen notwendig.

- Ein Klima der Anerkennung und Unterstützung schaffen, die Menschen ermutigt das Risiko einer Gründung einzugehen.
- Gerade für den Beginn der unternehmerischen Tätigkeit Entlastung von bürokratischen Erfordernissen
- Kooperation von Hochschulen, etablierten und neu gegründeten Unternehmen weiter stärken
- Vereinfachung der Aufnahme von Gründungskapital durch die Schaffung steuerlicher Anreize für Wagniskapitalgeber
- Erweiterung der Möglichkeiten für junge Unternehmen Mitarbeiter vom Wachstum des eigenen Betriebes partizipieren zu lassen, z. B. durch weitere Steuervorteile.

Soziale Marktwirtschaft und Mitbestimmung

Zu unserem Verständnis von sozialer Marktwirtschaft gehört ein gedeihliches Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten. Sie sind keine Gegner, sondern kooperieren im Geiste der Sozialpartnerschaft, um betriebliche Ziele zu erreichen und Interessensgegensätze ins Gleichgewicht zu bringen. Als AfD bekennen wir uns zur Mitwirkung und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen.

Der Staat muss sich auf seine primären Aufgaben konzentrieren

Wir lehnen es ab, dass sich der Staat zunehmend als Unternehmer versucht, hochbezahlte Versorgungsposten ohne jegliche persönliche Haftung schafft und das regelmäßige Scheitern dem Steuerzahler auflastet. Unternehmerisches Handeln ist untrennbar mit einer persönlichen Haftungsübernahme verbunden, das wirkt risikominimierend. Der Staat darf keinen direkten Einfluss auf Unternehmen und Innovationen nehmen oder versuchen, die Wirtschaft durch Vorgaben und Subventionen zu steuern. Die Aufgabe des Staates soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen, den Marktmechanismus schädigenden Einflüssen sein.

Steuern und Finanzen

Präambel

Das Recht, Steuern zu erheben, haben der Bund, die Länder und die Kommunen, vorherrschend sind allerdings Bundessteuern, die Länder haben nur geringe

Gestaltungsmöglichkeiten. Es gibt keinen Grund, das Recht eines souveränen Staates, Steuern zu erheben, an die EU abzutreten. Die Forderung der EU-Kommission, Steuern für die EU erheben zu lassen, muss verhindert werden. Einmal zugestanden, würden sie nur ständig steigen.

Für ein Steuersystem mit wenigen Steuerarten und verständlicher Systematik

Grundsätzlich ist es das Ziel der AfD, die Steuer- und Abgabenbelastung deutlich zu senken. Das geht nur durch eine grundlegende Reform. Daher fordert die AfD, dass die Steuergesetze so vereinfacht werden, dass ein Bürger seine Steuererklärung ohne fremde Hilfe ausfüllen kann. Eine Konzentration auf die beiden großen Steuerarten (Umsatzsteuer und Einkommensteuer) muss das Ziel sein.

Abschaffung der Substanzsteuern

Der Bemessungsschlüssel für die sogenannten Substanzsteuern, dazu zählen die Grundsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschafts- und Schenkungssteuer lassen sich nicht verfassungskonform gestalten. Die AfD setzt sich dafür ein, alle diese Steuern abzuschaffen. Als Ersatzinnahme für die Kommunen strebt die AfD eine grundlegende Änderung des gesamten Verteilungsschlüssels der großen Steuerarten zu Gunsten der Kommunen an. Deren Verfassungsklage gegen den momentan praktizierten Finanzausgleich unterstützt die AfD.

Die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein ist wesentlich von mittelständischen Unternehmen geprägt. Bei einem Unternehmensübergangs durch Erbfall kann eine Erbschaftssteuer durch den Substanzverzehr zu einer Zerstörung funktionierender Unternehmen und somit zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Erbgänge sind zunächst Angelegenheiten zwischen Erblassern und Erben. Es gibt keinen akzeptablen Grund, aus Trauerfällen Steuerfälle zu machen. Die AfD fordert daher die Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Wir wollen ein Land von Wohneigentümern werden.

Der Erwerb von Grund und Boden und von Wohneigentum unterliegt der Grunderwerbsteuer. Sie bemisst sich in Prozenten des Kaufpreises und hat in Schleswig-Holstein mit 6,5 Prozent einen der höchsten Werte in Deutschland. Eine Eigentumsbildung wird für breite Bevölkerungsschichten dadurch erschwert. Schleswig-Holstein hat mit rund 50 % im Vergleich zu Europa eine zu geringe Eigentumsquote. Die AfD fordert daher die Abschaffung der Grunderwerbsteuer.

Kultur

Deutsche Kultur und Identität erhalten

Die AfD wehrt sich gegen jede Art von Sprach-, Denk- und Meinungszensur. „Politische Korrektheit“ ist schon längst zur Politischen Kontrolle geworden, die der freien Meinungsäußerung entgegensteht und die es deshalb zu bekämpfen gilt.

Wir lehnen das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft sowie der Parallelgesellschaften ab. Die AfD bekennt sich zu drei Säulen, auf denen unsere heutige Kultur fußt und die unsere

kulturelle Identität bilden: die griechisch-römische Klassik, den christlichen Wertekanon, die Aufklärung.

Die AfD ist die einzige größere Partei in Deutschland, die sich explizit dem Schutz und der Wertschätzung der deutschen Sprache und Kultur verschrieben hat. Dazu gehören auch regional existierende Dialekte und Mundarten sowie die niederdeutsche und die friesische Sprache. Die AfD lehnt die Verwendung von Anglizismen und der sogenannten Gendersprache im öffentlichen Sprachraum ab, insbesondere in Behörden und Bildungseinrichtungen. Die AfD setzt sich für eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache in den Medien und der Werbung ein.

Unsere Kultur pflegen

Um Deutschlands wertvollen Beitrag zur Weltkultur zu erhalten, ist eine kulturelle Grundversorgung der Bürger notwendig, die auch durch Subventionen gestützt werden kann. Dafür sind die entsprechenden Bildungsstätten, wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Museen, Kunstausstellungen und Gedenkstätten eingerichtet worden. Die AfD begrüßt den Erhalt des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters und Sinfonieorchesters.

Die Produktion von Filmen und Fernsehsendungen ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land. Daher ist die Ansiedlung von Produktionsfirmen zu fördern, und Schleswig-Holstein als Drehort aktiv zu bewerben. Staatlich verordnete Auflagen und Quoten, die in die künstlerische Freiheit oder wirtschaftliche Unabhängigkeit eingreifen, sind abzulehnen. Kunst im öffentlichen Raum stellt eine Bereicherung dar, sollte jedoch nur nach Einbeziehung der „betroffenen“ Bürger in Auftrag gegeben werden.

Andere Kulturkreise schützen

Die AfD bekennt sich zum Schutz der angestammten Minderheiten in Schleswig-Holstein und begrüßt den Dialog mit diesen anderen Kulturen. Gerade die Pflege des friesischen und dänischen Kulturerbes sollte Anreiz sein, auch die altgermanischen Wurzeln unserer Kultur zu erforschen und zu würdigen - so, wie es Dänen und Norweger identitätsstiftend praktizieren.

Multikulti ist gescheitert

Die AfD lehnt das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft ohne deutsche Leitkultur ab. Denn dieses zerstört die sprachliche und kulturelle Identität der Deutschen. Parallel-, ja sogar Gegengesellschaften formieren sich in den Ballungszentren Deutschlands zunehmend mit der Tendenz zu kultureller und zivilrechtlicher Autonomie. Diese Entwicklung bedroht sowohl die freiheitlich-demokratische Grundordnung als auch die kulturelle Identität unserer Republik. Der Staat kann so seiner eigentlichen Aufgabe, die Grundrechte und öffentliche Sicherheit der Bürger zu wahren, nicht nachkommen.

Die Erosion der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als ideelle und legale Basis einer von christlichen Werten geprägten Bildungs-, Kultur- und Arbeitsgemeinschaft muss gestoppt werden. Das Konzept fortwährender Integration und Assimilation anbrandender Migrationswellen in den deutschen Kultur- und Identitätsraum ist gescheitert, die Kapazitäten dafür sind erschöpft.

Imame im Spannungsverhältnis zu unserer Wertordnung und Kultur

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte

und unsere Werte Schranken zu setzen. Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Gesetze und gegen die christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD klar entgegen. Ebenso lehnen wir den Muezzin-Ruf ab.

Imame sollen in deutscher Sprache an deutschen Universitäten ausgebildet werden und unabhängig von Weisungen des islamischen Auslands und von muslimischen Verbänden einer Zulassung durch die Kultusminister unterliegen.

Von manchen aus dem islamischen Ausland entsandten Imamen kann die Gefahr rechts- und verfassungswidriger Indoktrination der Moscheebesucher ausgehen. Fundamentalistisch geprägte Lehrinhalte führen zur Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften, die wir ablehnen. Islampredigten sind grundsätzlich in deutscher Sprache zu halten und sollen in regelmäßigen Abständen auf Kompatibilität zu unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung überprüft werden. Imame, die unserer Kultur und Gesellschaft zuwiderhandeln, müssen das Land verlassen.

Die AfD wird sich daher für eine Gesetzgebung einsetzen, die vorschreibt, dass Aufenthaltstitel für ausländische Prediger den Nachweis von Deutschkenntnissen des Zertifikats B2 voraussetzen.

Tradition und Erinnerung

Traditionspflege, Erinnerungskultur, Geschichtsunterricht und -studien sollen die ganze Geschichte Deutschlands zeigen und sich nicht aus politischen Gründen auf Ausschnitte beschränken.

Die AfD lehnt unnötige Denkmalstürze ab. Statt Denkmäler abzutragen, die politisch nicht mehr genehm sind, sollten sie Anlass geben, über die Geschichte zu sprechen. Gleiches gilt für die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Gebäuden und anderen Örtlichkeiten. Historisch gewachsene Bezeichnungen, Inschriften und ähnliches sind unverändert zu erhalten. Zukunft braucht Herkunft! Ein Volk, das seine Geschichte nicht würdigt, vergeht und verliert sich im Strom der Zeit. Daher kommt dem Unterricht in deutscher Geschichte und Literatur wie auch der Präsentation geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen im öffentlichen Raum grundlegende Bedeutung zu.

Identitätsstiftende Architektur statt seelenloser Beliebigkeit

Kultur zeigt sich besonders deutlich in den Bauformen. Leider enthalten moderne Gebäude oft keinen Bezug zur Region und sind beliebig austauschbar oder zielen im Dekonstruktivismus gar auf eine bewusste Zerstörung der Harmonie traditioneller Architektur. Historische und regionale traditionelle Bauweisen sind nach Möglichkeit zu erhalten und zu fördern. Dies beinhaltet auch Neubauten und Restaurationen, insbesondere die Gestaltung öffentlicher Gebäude besonderer Bedeutung wie Bibliotheken, Bildungshäuser, Gerichte oder ähnliches. In den jeweiligen Ausschreibungen soll die Verwendung historischer und traditioneller Elemente als Vergabekriterium berücksichtigt werden.

Kulturförderung zur Steigerung der Meinungsvielfalt

Die Förderung von Künstlern und kulturellen Projekten und Institutionen ist eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft. Hierbei ist jedoch auch auf eine Stärkung der Meinungsvielfalt zu achten. Gerade „politisch unkorrekte“ Künstler abseits einer empfundenen Mehrheitsmeinung (des sogenannten Mainstreams) sind auf Förderung angewiesen und tragen einen wichtigen Teil zur Spiegelung eines breiten Meinungsspektrums in einer Demokratie bei.

Eine Förderung von Institutionen kommt nur in Frage, wenn diese ohne politisch-ideologische Ausrichtung agieren. Jegliche Verbindung zu extremistischen Organisationen ist ein Ausschlusskriterium.

Medien

Präambel

Der Widerstand des Landes Sachsen-Anhalt bei der letzten Erhöhung des Zwangsbeitrags__ zum öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem hat gezeigt, dass auch ein einzelnes Bundesland großen Einfluss auf Rundfunkstaatsverträge ausüben kann.

Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren

Das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist überholt. Um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren zu können, sind die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen. In der Folge soll das System auf ein Zehntel seiner bisherigen Größe reduziert werden und sich auf die Vermittlung von Information, Kultur und Bildung konzentrieren. Regionale Nachrichten sollen weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Zwangsbeiträge und Werbung entfallen

Die Finanzierung erfolgt durch eine Abgabe, die insbesondere Technologiekonzerne, die audiovisuelle Inhalte verbreiten, sowie Video-Streaming-Dienste zu leisten haben. Diese dominieren den deutschen Markt, ohne dafür in angemessener Weise Steuern oder Abgaben zu zahlen.

Meinungsfreiheit statt Tugendterror

Die AfD fordert von sämtlichen Medien eine Berichterstattung, die sich nicht nach den Interessen der Parteipolitik oder der Lobbygruppen ausrichtet. Jede Zensur ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Das Internet muss als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten bleiben. Sogenannte "unabhängige Faktenprüfer" und andere Tugendwächter dürfen keine staatliche Finanzierung erhalten. Eine Beschneidung der freien Meinungsäußerung durch sogenannte Upload-Filter oder durch die Gesetzgebung, etwa in Form des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) ist abzulehnen. Der Zugang von Bürgern als Rundfunkanbieter ist offen zu gestalten.

Freiheit des Internets wiederherstellen und bewahren

Die AfD sieht im Internet eine freie Plattform, die den unabhängigen und unzensierten Austausch von Informationen ermöglicht. Die etablierte Politik sieht in diesem Raum eine Bedrohung und versucht den Austausch von Informationen einzuschränken. Politische Anstrengungen zur Unterbindung der freien Nutzung des Internets lehnt die AfD ab. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Uploadfilter, Abschaltung von Messengern in den App Stores und andere Maßnahmen zur Einschränkung eines ungehinderten Austausches sind abzuschaffen und zu unterlassen. Maßgeblich zur Behandlung von strittigen Äußerungen und Handlungen im Netz ist das Strafgesetzbuch. Juristisch nicht definierte Begrifflichkeiten dürfen keine Grundlage zur Entfernung von Inhalten aus dem Netz sein.

Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz

Präambel

Wir stehen zu unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen! Die AfD setzt sich für den Erhalt einer intakten und vielfältigen Natur ein. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen. Die AfD strebt einen Umweltschutz unter Einbeziehung des Menschen an: Der Mensch ist ein Teil der Natur und kein Fremdkörper. Die AfD fordert, dass die Landwirtschaft wieder eine Wertschätzung erfährt, wie sie ihrer bedeutenden Leistung für die Allgemeinheit entspricht. Die Landwirte haben Anspruch auf angemessene politische Rahmenbedingungen, die ideologiefrei und durch Fachkompetenz geprägt sind, um die heimische Bevölkerung ernähren zu können, auch in Krisenzeiten.

Sie müssen selbst entscheiden können, wie die Flächen genutzt werden.

Eine Versorgung der Bevölkerung mit unbelasteten Nahrungsmitteln zu realen Preisen kann langfristig nur sichergestellt werden, wenn landwirtschaftliche Betriebe wieder eine planbare Zukunft bekommen.

Rückführung von Kompetenzen der EU

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass möglichst viele Entscheidungen in Schleswig-Holstein statt in Brüssel getroffen werden können. Dazu fordern wir die Rückführung von Kompetenzen der EU auf Bundesländer und Regionen. Die AfD fordert, dass EU-Gelder nur an wirtschaftende Bauern gezahlt werden und nicht an Stiftungen, Verbände oder Gebietseigentümer. Die bisherige Regulierungswut der EU ohne Berücksichtigung lokaler Bedingungen lehnen wir ab. Die AfD verfolgt als mittelfristiges Ziel, die EU-Subventionen überflüssig zu machen und die Bauern auf direktem Wege zu unterstützen. Die AfD fordert die sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Russland.

Eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft

Die AfD Schleswig-Holstein befürwortet bei der Erzeugung von Getreide, Obst und Gemüse einen Anbau mit genau abgestimmtem Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, der die Nützlinge schont.

Der Ökolandbau wird von uns als positive Ergänzung zur konventionellen Landwirtschaft gesehen. Eine zusätzliche Subventionierung der Biobauern lehnt die AfD ab. Die AfD strebt stattdessen die Versöhnung von konventioneller und biologischer Landwirtschaft an. Die Unterschiede zwischen den Betriebsarten verschwinden zusehends. Auch eine gemeinsame Ausbildung der Landwirte beider Bewirtschaftungsformen ist anzustreben. Jeder kann und soll vom anderen lernen können.

Beim Pflanzenschutz ist nur die Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten vorgesehen, wenn, wie es bereits gängige Praxis ist, die wirtschaftliche Schadschwelle überschritten ist. Zusätzlich befürworten wir die Praxis von vorbeugenden Maßnahmen. Hierzu zählt beispielsweise der Einsatz widerstandsfähiger und an den Standort angepasster Sorten, eine fachgerechte Bodenbearbeitung und eine optimal terminierte Aussaat. Landwirte sollten hier eine kostenlose, zentrale Beratung in Anspruch nehmen können für eine umweltschonende Bearbeitung, die individuell auf den Betrieb zugeschnitten ist.

Um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, fordert die AfD die Angleichung der Pflanzenschutzrichtlinien in ganz Europa und für alle Importe.

Wir fordern die Unterstützung bäuerlicher Initiativen zur Schaffung von Blühstreifen mit einheimischen Blütenpflanzen zur Förderung der Bestäubung und der Dezimierung von Schadinsekten. Eine mit den Bauern einvernehmlich ausgehandelte Wiederbelebung von Moorflächen wird von der AfD begrüßt.

Freie Entscheidung über Bewirtschaftungsformen

Die Art der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen wie Ackerland, Wiesen oder Sonderkulturen soll allein in der Entscheidung der Landwirte liegen. Die sich abzeichnende Planwirtschaft lehnt die AfD ab. Die Ausweisung von Naturschutzflächen und andere Beschränkungen erfolgen auf freiwilliger Basis und durch angemessene Entschädigungen. Ein staatliches Vorkaufsrecht für landwirtschaftliche Flächen lehnt die AfD ab. In neue Gesetzesvorhaben sollen die Landwirte schon frühzeitig eingebunden werden und dabei ein Mitspracherecht bekommen. Insbesondere soll durch Aufklärung und Schulung das Verständnis für die landwirtschaftlichen Berufe gefördert werden.-

Die AfD sieht in den aktuellen Fassungen der Düngeverordnung und des Insektenschutzgesetzes die Gefahr, dass in die unternehmerische Freiheit unserer Landwirte zu stark eingegriffen wird.

Gesunde, bezahlbare Lebensmittel

Die AfD setzt sich für die Versorgung der Bevölkerung mit unbelasteten, hochwertigen Lebensmitteln zu angemessenen Preisen aus heimischer Landwirtschaft ein. Die Einfuhr und der Vertrieb von Lebensmitteln, die nicht unseren Qualitätsansprüchen und Gesetzen entsprechen, sollen durch eine hohe Kontrollichte verhindert werden. Die AfD unterstützt generell die landwirtschaftlichen Produkte in der Region zu vermarkten. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Landwirte und Gärtner für saisonale Produkte wie Erdbeeren, Spargel und Kirschen auch außerhalb geschlossener Ortschaften werben dürfen.

Nutzhanf fördern

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der vielseitige Nutzhanf verstärkt angebaut wird, und die damit verbundene Forschung, Entwicklung und Produktion von Hanfprodukten intensiviert werden.

Naturschutz und Naturnutzung: Kein Widerspruch

Bei allen Projekten für den Umweltschutz wird es mit der AfD keine Enteignungen von Landwirten und keine Berufsverbote für Fischer geben, sondern eine umweltverträgliche Weiterentwicklung dieser Traditionsberufe, die für die Versorgung der Bevölkerung unverzichtbar sind.

Erfolgreicher Umweltschutz kann nur funktionieren, wenn er auf eine breite Akzeptanz stößt. Kindergarten und Schule sollen den Kindern möglichst frühzeitig die Zusammenhänge in der Natur nahebringen. Umweltbewusste Bürger können durch ihr Kaufverhalten den Umgang mit der Natur verändern und eine artgerechte Unterbringung von Nutztieren erwirken. Zum Schutz unserer Umwelt wollen wir bestehende Flächen für Wohnen, Industrie und Gewerbe besser nutzen und so den Flächenverbrauch verringern.

Änderung des Grünlandumbruchverbotes

Landwirte müssen selber planen dürfen, welche Flächen sie als Acker- und welche sie als Grünland nutzen und bewirtschaften. Die Regelung, dass eine Ackerfläche nach fünf Jahren Begrünung automatisch zu Grünland wird, und dieses nicht mehr umgebrochen werden darf, ist abzuschaffen.

Knickschutzverordnung praxistauglich gestalten

Die seit Jahrzehnten bewährte Pflege der Knicks durch die Landwirte wird durch überzogene Vorschriften ins Gegenteil verkehrt. Diese Überregulierung kommt einer Enteignung gleich und ist somit abzuändern.

Artgerechte Tierhaltung - Tiere vor unnötigem Leid schützen

Die AfD will sich in enger Zusammenarbeit mit den Landwirten für weitere Verbesserungen in der Nutztierhaltung einsetzen. Landwirte und Konsumenten sollten dies gemeinsam angehen. Entscheidend für den Erfolg einer artgerechten Haltung ist die Nachfrage nach genau diesen Produkten. Die AfD unterstützt die neuen Initiativen von Politik und Handel zum Tierwohl ausdrücklich und wird auf eine weitere Verbesserung der Haltungsmethoden hinwirken. Entscheidend soll nicht die Anzahl der gehaltenen Tiere sein, sondern der zur Verfügung stehende Platz pro Tier. Nicht nur aus ethischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen fordert die AfD eine moderne Nutztierhaltung, bei der das Tierwohl im Vordergrund steht. Die AfD lehnt Amputationen wie das Schwänze-Kupieren beim Schwein oder das Schnabel-Kürzen beim Huhn ab. Die Haltungssysteme müssen an das Tier angepasst werden, nicht umgekehrt. Die Änderungen in der Haltung müssen wissenschaftlich begleitet und auf Praxistauglichkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden.

Die AfD tritt für ein ausnahmsloses Verbot der Schlachtung ohne Betäubung (Schächten) und für strenge Kontrollen der Schlachtmethoden ein. Eine Kurzzeitbetäubung wird inzwischen von allen großen Religionsgemeinschaften anerkannt. Die AfD fordert ein Handels-, Werbe- und Einfuhrverbot für Produkte aus tierquälerischer Schlachtung. Die Transportwege zu den Schlachthöfen sollen weiter verkürzt werden, Lebendtransporte zu Schlachthöfen im außereuropäischen Ausland sind zu verbieten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die Gründung kleinerer, regionaler oder mobiler Schlachtbetriebe gefördert wird, für kurze Wege und zur Förderung des Tierwohls durch kurze Transportzeiten.

Für die zahlreichen Geflügelhalter im Lande gibt es zurzeit nur noch eine Lohnschlachtereie. Um weite Transportwege zu verhindern, fordert die AfD die Bezuschussung von mobilen Schlachtereien, wie es sie in anderen Bundesländern bereits gibt.

Kleinbauern im Baurecht gleichstellen

Im Bau- und Naturschutzrecht sollen Kleinbauern und Hobbyhalter den Großbetrieben gleichgestellt werden. Damit möchte die AfD erreichen, dass Unterstände für Tiere gebaut werden können, damit sie bei extremen Wetterlagen geschützt sind und nicht in der offenen Landschaft ausharren müssen. Bisher erhalten nur Haupterwerbslandwirte eine solche Genehmigung.

Unsere Gewässer schützen

Die AfD setzt sich für den Schutz unseres Grundwassers, der Fließgewässer, Seen und Meere ein. Wir unterstützen die von den Wasser- und Bodenverbänden begonnene Renaturierung von Flüssen, Bächen und Seen. Die notwendigen Maßnahmen sollen mit den betroffenen

Bürgern und Vereinen abgestimmt werden. Enteignungen und Maßnahmen ohne jede Rücksicht auf die Interessen von Anliegern und Nutzern der Gewässer lehnen wir ab. Bei allen Bauprojekten, wie zum Beispiel Schleusen oder Wasserkraftwerken, ist die Durchgängigkeit der Flüsse für die Wanderung von Fischen oder anderen Wasserorganismen zu gewährleisten.

Zur Finanzierung größerer Wasserschutzgebiete soll der sogenannte Wasserpfennig nicht mehr im Landeshaushalt versickern, sondern bei den örtlichen Wasserversorgern verbleiben, die damit gemeinsam mit den Landwirten wesentlich größere Schutzgebiete finanzieren können. Das Geld ist zweckgebunden zu verwenden! Überschüsse sollen den Kunden der Wasserwerke zurückgezahlt werden.

Gleichbehandlung der Forstwirtschaft

Die AfD fordert die Gleichbehandlung von Forstflächen bei Förderprogrammen gegenüber anderen landwirtschaftlichen Nutzflächen. Schleswig-Holstein gehört zu den waldärmsten Bundesländern. Bisherige Förderungen haben keine großen Fortschritte erbracht, da es sich in der Regel nur um einmalige Zahlungen handelte. Dagegen werden Acker- und Wiesenflächen mit einer jährlichen Zahlung gefördert. Die Gleichbehandlung könnte hier zu einer positiven Entwicklung führen.

Die AfD befürwortet die Ausdehnung der Waldfläche in unserem waldarmen Bundesland, insbesondere auf brachliegenden und ertragsschwachen Böden. Der Umbau zu widerstandsfähigen Mischwäldern soll verstärkt gefördert werden, wobei die Naturverjüngung im Vordergrund stehen sollte.

Wegegebot für Waldbesucher

Die AfD fordert eine Änderung der bisherigen Regelung zum Betreten der Wälder außerhalb von Wegen. Die Wälder in Schleswig-Holstein bestehen zu einem großen Teil aus kleinen Feldgehölzen, und diese dienen dem Wild als Rückzugsgebiete. Bei größeren Waldflächen ist eine Teilung in Erholungs- und Ruhezonen denkbar. Kleinere Flächen sollten nicht betreten werden, die Eigentümer sollten die Möglichkeit bekommen, uneinsichtige Besucher auf die Wege zu verweisen.

Jagd: Gelebter Naturschutz

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Schulen über die Jagd und die Aufgaben der Jägerschaft sachlich und ohne ideologische Scheuklappen informieren. Ziel muss es sein, die Ausübung der Jagd und das Weidwerk als das darzustellen, was es ist: eine in unserer Kulturlandschaft zentrale Form des Tier-, Umwelt- und Naturschutzes.

Wildgänse sind intensiver als bisher zu vergrämen und zu bejagen, denn sie schädigen Landwirte und Weidetierhalter. Außerdem verunreinigen sie Gewässer und Wiesen mit Kot und Bakterien. Die Jagd auf Nutrias ist zu intensivieren, da diese invasive Art eine Gefahr für die Deiche darstellt.

Schleswig-Holstein ist als waldarmes Bundesland nicht für den Wolf geeignet. Ab einer bestimmten Populationsdichte, die regional zu ermitteln ist, muss der Bestand kontrolliert werden, damit es nicht zu einer weiteren Gefährdung von Weidetieren, Nutzvieh oder auch Menschen kommt. Die AfD fordert daher die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht, um zukünftig eine bestandsorientierte Bejagung zu ermöglichen. Die Entschädigung aus Landesmitteln für Weidetierhalter muss angemessen sein und daher erhöht werden.

Fischerei

Die AfD lehnt die Fangmengenbegrenzung durch EU-Behörden ab. Praxisnäher als Fangquoten wären eine Vergrößerung der Maschenweiten in den Schleppnetzen und die Verringerung der Schleppgeschwindigkeit, um kleineren Fischen ein Entkommen zu ermöglichen. Bei der Verteilung der Quoten auf die einzelnen Fischer werden Nebenerwerbsfischer bisher benachteiligt. Diese Praxis ist zu beenden.

Für die Binnenfischerei soll der Artenschutz für Kormorane den tatsächlichen Vorkommen angepasst werden. Alle Arten der Fischerei – ob mit Stellnetz, Reuse oder Angel – sollen gleichbehandelt und im Gesetzgebungsverfahren angemessen berücksichtigt werden.

Die AfD befürwortet den Ausbau der Zucht von Edelfischen, Krustentieren und Muscheln in sogenannten Aquakulturen, insbesondere solche mit geschlossenen Wasserkreisläufen, in denen die Nährstoffe mittels der Kultur von Feldfrüchten wie Gurken, Tomaten, Zucchini oder Kürbissen genutzt werden.

EU und Europa

Ein Europa der Vaterländer

Wir bekennen uns zu einem Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten, die auf all jenen Gebieten zusammenarbeiten, die gemeinsam besser gestaltet werden können. Der Versuch jedoch, aus derzeit 27 Staaten mit jeweils eigenen Sprachen, Kulturen und historischen Erfahrungen einen wie auch immer ausgestalteten Zentralstaat zu bilden, muss scheitern. Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten. Die AfD steht uneingeschränkt zum Prinzip der Subsidiarität: Alles, was das Land entscheiden kann, soll auch im Land entschieden werden. Ein Durchregieren der EU bis in regionale und kommunale Angelegenheiten lehnen wir ab.

—

Ende des Programms der AfD zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2022. Version 26, 2022-02-23.
Beschlossen am 19. Februar 2022 auf dem Programmparteitag der AfD in Henstedt-Ulzburg